



# Wortprotokoll

der 6. Sitzung vom 10. Februar 1994

# Resoconto integrale

della seduta n. 6 del 10 febbraio 1994

XI. Legislatur  
XI. Legislatura  
1993 - 1998



**SÜDTIROLER LANDTAG  
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO**

**SITZUNG 6. SEDUTA**

**10.2.1994**

**INHALTSVERZEICHNIS**

"Wahl des Landeshauptmannes"..... 3

**INDICE**

"Elezione del Presidente della Giunta  
provinciale"..... 3

Nr. 6 - 10.2.1994

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**Dr. SABINA KASSLATTER-MUR**

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.05 UHR

*(Namensaufruf - Appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung.

**LAIMER (Sekretär - SVP):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENTIN:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Zur Behandlung steht der Tagesordnungspunkt 1. Da der designierte Landeshauptmann, der seine Replik fortsetzen müßte, noch nicht eingetroffen ist, unterbrechen wir jetzt die Sitzung.

ORE 10.07 UHR

-----

ORE 10.10 UHR

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Für die heutige Sitzung hat sich der Abgeordnete Montefiori entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung fort: "**Wahl des Landeshauptmannes**".

Punto 1) dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta provinciale".

Ich bitte den designierten Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder mit seiner gestern unterbrochenen Replik fortzufahren.

**DURNWALDER (SVP):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst einmal entschuldigen, daß ich fünf Minuten zu spät gekommen bin, aber es war eine ganz dringende Sitzung und ich konnte nicht davonlaufen.

**MITOLO (MSI-DN):** Così ti vediamo in faccia...

**DURNWALDER (SVP):** Ja, Sie haben mich gebeten, von dieser Stelle aus meine Replik vorzutragen, damit ich Sie alle anschauen kann und nicht von der Seite zu Ihnen hinüberschauen muß. Ich glaube, es ist sicher für Sie angenehmer, damit Sie keine Genickstarre bekommen, und für mich auch.

Ich habe gestern gesagt, was eigentlich an Neuigkeiten in dieser Regierungserklärung und in diesem Koalitionsprogramm enthalten ist. Wir haben gesehen, daß ziemlich etwas, trotz daß einiges wiederholt wurde, im neuen Regierungsprogramm enthalten ist. Ich möchte jetzt versuchen, auf einige Themenkreise einzugehen, die von den einzelnen Landtagsabgeordneten aufgeworfen worden sind.

Zunächst einmal zum Bereich Koalition. Es wurde von verschiedenen Seiten gesagt, daß jetzt die Landesregierung auf einmal links gehen würde, daß es nicht gerechtfertigt wäre und daß es sicher nicht dem Willen entsprechen würde, wenn wir mit einer Linkspartei, in diesem Fall mit dem PDS, eine Koalition eingehen würden. Wir haben auch als Südtiroler Volkspartei, als Mehrheitspartei, sicher lange überlegt, ob es sinnvoll ist, eine neue Form der Koalition zu finden, uns vor allem auch gegenüber dem PDS zu öffnen. Nach langem hin und her und nach reichlichen Überlegungen sind wir zur Auffassung gekommen, daß es an und für sich vernünftig ist, daß wir eine Linkspartei, eine sozialdemokratische Partei, in die Regierung mithineinnehmen. Erstens, glaube ich, daß es für die Bevölkerung, vor allem für die italienische Bevölkerung, bestimmt nicht von Vorteil gewesen wäre, wenn wir von einer italienischen Präsenz nur aufgrund ihres Rechtes, proporzmäßig in der Landesregierung vertreten zu sein, Gebrauch gemacht hätten. Ich glaube, es ist für die italienische Bevölkerung sicher von Vorteil, wenn sie durch direkte Vertreter, die Verwaltungskompetenz übernehmen, vertreten ist. Das hat den Vorteil, daß auf diese Art und Weise für die einzelnen Kategorien, für die einzelnen Bürger direkt etwas getan werden kann, weil auf diese Art und Weise die italienischen Wählerinnen und Wähler, Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit haben, direkt informiert zu werden, über alles, was in der Landesregierung vor sich geht. Es besteht die Möglichkeit, daß die Vertreter direkt ihre Sorgen und Probleme in der Landesregierung vorbringen, daß sie zu den einzelnen Problemen Stellung nehmen, daß sie letzten Endes die Bürger sicher am besten vertreten können; aber nicht nur die italienischsprachigen Bürger, denn jedes Regierungsmitglied sollte ja insgesamt auf Landesebene die Probleme kennen, sich auch um die Probleme kümmern. Wir sagen immer, wir möchten eine Politik für alle drei Volksgruppen machen. Wenn wir eine Politik für alle drei Volksgruppen machen wollen, so sollten nach Möglichkeit auch alle drei Volksgruppen Verantwortung übernehmen und in der Landesregierung vertreten sein. Gerade deshalb - und auf das werde ich später noch zurückkommen - bemühen wir uns auch, so wie wir uns in der Vergangenheit bemüht haben, zu erreichen, daß auch die ladinische Volksgruppe in der Landesregierung vertreten ist, weil es einfach richtig ist

- und das hat auch Dr. Willeit unterstrichen, aber nicht erst jetzt erfunden, sondern das haben wir ja bereits seit vielen Jahren gesagt, daß das Autonomiestatut abgeändert werden sollte -, damit alle drei Volksgruppen in der Landesregierung vertreten sind.

Wir glauben, daß es deshalb sinnvoll war, daß wir versucht haben, mit der italienischen Volksgruppe ein Koalitionsabkommen zu treffen. Nun wären verschiedene Möglichkeiten gewesen. Wir waren der Ansicht, daß wir auch hier Kontinuität in der Form bewahren sollten, daß wir mit einer Partei der Mitte, wie es die ex DC, PP ist, und vor allem auch einer Partei der Arbeiterschaft, wie es der PDS ist, die Koalition bilden. Wir hatten bisher die sozialistische Partei in der Landesregierung vertreten. Nach diesen Wahlen ist leider kein Vertreter der sozialistischen Partei mehr im Landtag. Und aus diesem Grund konnten wir keinen Vertreter der sozialistischen Partei in die Landesregierung aufnehmen. Nun wissen wir, daß sich in letzter Zeit innerhalb der kommunistischen Partei einiges getan hat und daß ein großer Teil der früheren kommunistischen Partei sich zur sozialdemokratischen Partei entwickelt hat, d.h. es ist heute nicht mehr die kommunistische Partei von anno dazumal, sondern es ist eine sozialdemokratische Partei. Und aus diesem Grund, glaube ich, daß wir gut getan haben, mit einer Partei der Mitte, wie es die Partei der früheren DC ist und auch mit einer linksorientierten Partei, wie es der PDS ist, sozialdemokratische Partei, eine Koalition einzugehen.

Wir sind außerdem der Meinung, daß man nicht nur die Parteienideologie hernehmen, sondern vor allem auch auf Personen schauen sollte. Der Abgeordnete Viola ist ein Mann, der einige Jahre bereits im Landtag mitgearbeitet hat. Und ich glaube, er hat sich als ein Mann der Kultur, als ein Mann der Zusammenarbeit, als ein Mann des Dialogs entwickelt und immer wieder profiliert. Aus diesem Grund ist es schon richtig, daß wir ihm auch eine Verwaltungskompetenz übertragen.

Und schließlich und endlich ist es ja so, daß eine Koalitionsregierung immer aufgrund eines Programmes gebildet wird. Da kommt es darauf an, was die einzelnen Parteien, die eine Koalition eingehen, vereinbaren. Und ich glaube, jeder muß doch anerkennen, daß in diesem Koalitionsprogramm auch die Kontinuität bewahrt ist und daß nicht allzuvielen gefährlichen - wie manche glauben - linksorientierten Grundsätzen in das Koalitionsprogramm aufgenommen worden sind. Es sind Programme, die wirklich darauf aus sind, daß Probleme der Bürgerschaft, daß Probleme unseres Landes erkannt, aufgegriffen und nach Möglichkeit gelöst werden. Ich glaube also schon, daß wir nicht sagen können, wir sind jetzt von der leistungsorientierten Gesellschaft auf eine, wie Benedikter sagt, Versorgungsstaatstendenz übergegangen. Nein, es ist weiterhin so, daß die freie Marktwirtschaft in diesem Programm hundertprozentig garantiert ist und daß wir, mehr oder weniger, auch weiterhin die Eigeninitiative hochhalten bzw. daß wir den einzelnen Organisationen, Körperschaften und Sektoren ihre Eigenverantwortung übertragen und ihnen auch das notwendige Feld schaffen, damit sie sich selbst entfalten können.

Wenn gesagt wird, es ist eine Mußehe, so stimmt das zum Teil schon. Es ist so, daß wir ja nur die Auswahl innerhalb der bestehenden Parteien gehabt haben, innerhalb der Parteien, die im Landtag vertreten sind. Jeder wird verstehen, daß wir aufgrund der grundsätzlichen Einstellung des MSI mit diesem sicher kein Koalitionsabkommen treffen können, denn, wenn jemand von vornherein erklärt, daß er es bedauert, daß Südtirol so behandelt worden ist, daß er es bedauert, daß Südtirol überhaupt diese Autonomie bekommen hat, dann können wir doch nicht diese Partei hernehmen, um die Autonomie zu schützen bzw. weiterzuentfalten. Und aus diesem Grund wird sicher auch Kollege Mitolo und alle seine Mannen einsehen, daß es unmöglich wäre, mit dem MSI eine Koalitionsregierung zu bilden.

Es sind noch zwei, drei weitere Parteien zur Verfügung gestanden. Einige haben kein allzugroßes Interesse bekundet, in der Landesregierung vertreten zu sein, und andere wollte man nicht aufnehmen, weil man der Auffassung war, daß es besser ist, mit dem PDS die Koalitionsregierung zu bilden.

Ich glaube also, so gesehen können wir sagen, daß wir sicher richtige Partner ausgewählt haben, daß wir aber natürlich auch unter einem gewissen Zwang diese Koalition gebildet haben. Das möchte ich ganz offen sagen. Für uns zählen aber die Programme und für uns zählen vor allem auch die Personen. Ich bin überzeugt, daß wir den Großteil dieses uns vorgenommenen Programmes wirklich auch in die Tat umsetzen können.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Paket. Es ist sehr viel über unsere Autonomie geredet worden, die natürlich von verschiedener Seite verschieden gewertet worden ist. Es gibt Kollegen, die gesagt haben, die Autonomie wäre nur ein Schritt zur Selbstbestimmung, und es gibt auch Kollegen, die vor allem die negativen Seiten der Autonomie hervorgehoben haben, die gesagt haben, daß das Paket eine ganze Reihe von Mängeln aufweisen würde. Kollege Benedikter hat wiederum - wie es seine Auffassung ist, und die muß man ihm lassen, wenn wir sie auch nicht teilen - von Verzicht geredet, vom Verzicht auf zweisprachigen Prozeß, vom Verzicht auf internationale Verankerung, auf Koordinierungsbefugnis usw. Kollege Benedikter soll ruhig bei seiner Auffassung bleiben. Diese werden wir ihm nicht nehmen können, wenn ich auch überzeugt bin, daß seine Auffassung nicht wissenschaftlich, wie er gesagt hat, begründet ist, sondern sicher falsch ist. Aber er bleibt bei seiner Auffassung, wir bleiben bei unserer Auffassung. Wir werden versuchen, diese Autonomie auszubauen, wo immer es möglich ist, und wir werden vor allem versuchen, die von ihm aufgezeigten schwachen Stellen so zu verwalten bzw. anzuwenden, daß wir ihm das Gegenteil beweisen können.

Was die Zweisprachigkeit anbelangt, ist auch immer wieder gesagt worden, daß der Prozeß nicht so geführt würde und daß wir vor allem auch bei der Toponomastik usw. - und auf das werde ich später zu sprechen kommen - die Zweisprachigkeit und Zweinamigkeit nicht richtig behandelt hätten. Ich muß sagen, Kollege Benedikter, die Gleichstellung der Sprache ist gewährleistet, und es ist heute auch möglich, daß jeder selbst entscheiden kann, ob er zum Beispiel bei Namen den deutschen oder italienischen Namen verwenden will. Ich

möchte nur alle Bürgerinnen und Bürger, und somit auch die Kollegen ersuchen, wenigstens von dem Gebrauch zu machen, was sie heute bereits in deutscher Sprache machen können; und die Italiener selbstverständlich auch in ihrer Muttersprache. Mir kommt es ein bißchen seltsam vor, Kollege Benedikter und auch Kollegin Klotz, daß Sie immer wieder sagen, daß die deutsche Sprache nicht voll verwendet wird, wenn Sie selbst in ihren Akten teilweise die italienische Sprache verwenden, wo sie sie nicht verwenden müßten. Ich bringe Ihnen hier zum Beispiel die Zeitschrift, die Sie selbst vor kurzen verschickt haben, wo Sie zum Beispiel bei einem Bürger in Tirol, der einen vollkommen deutschen Namen hat, also Vornamen und Nachnamen, wo es ganz bestimmt keinen Zweifel gibt, geschrieben haben: "*via Principale 34*". Ja, ich glaube schon, Kollegin Klotz und Kollege Benedikter, daß Sie hier ohne weiteres "*Hauptstraße*" schreiben könnten. Das wird ihnen niemand verbieten. Und dann, anstatt "*Tirol*", schreiben Sie "*Tirol*". Das bräuchten Sie ganz einfach nicht. Deswegen wäre es besser, wenn Sie das anwenden, was Sie heute bereits anwenden können. Gehen Sie nicht immer davon aus, daß Sie immer andere Sachen verlangen müßten, die vielleicht schwierig zu kontrollieren oder durchzusetzen sind. Und ich glaube - ich gebe Ihnen dieses Exemplar ohne weiteres -, daß Sie nicht unbedingt einen deutschen Bürger mit "*via Principale*" anschreiben müßten, weil es ohne weiteres möglich wäre, die deutsche Bezeichnung anzuführen.

Zu den Vordrucken, die oft nicht so sind, wie Sie es sich wünschen. Dazu muß ich sagen, daß Sie diesbezüglich recht haben. Wir werden natürlich nach wie vor immer darauf drängen und bei allen zuständigen Stellen intervenieren, damit die Vordrucke, die unsere Bürger verwenden müssen, auch in ihrer Muttersprache hergestellt werden. Sie haben recht, sie sollten rechtzeitig hergestellt werden. Deswegen bin ich auch gerne bereit, zu intervenieren, bereits jetzt zu intervenieren, was die Steuererklärungen anbelangt, damit Mißstände rechtzeitig ausgeschaltet werden können.

Kollege Benedikter sagt immer wieder, wir hätten dieses Autonomiestatut falsch ausgelegt, weil wir immer wieder von drei Volksgruppen sprechen. Im Grunde genommen wäre es so, daß das Pariser Abkommen nur von zwei Volksgruppen spricht, d.h. von der deutschen und ladinischen, nicht unbedingt von der italienischen. Von der ladinischen Volksgruppe wird nicht einmal gesprochen, sondern es wird wenschon nur von der deutschen gesprochen. Aber, ich glaube, Kollege Benedikter, daß Sie soweit von der Wirklichkeit auch nicht entfernt sind, daß Sie nicht einsehen und sich eingestehen, daß wir als Südtiroler Landesregierung eine Politik betreiben müssen, die für alle drei Volksgruppen in unserem Lande da ist, die von allen drei Volksgruppen in unserem Lande verstanden wird, die von allen drei Volksgruppen in unserem Lande mitgetragen werden kann, daß wir versuchen müssen, Probleme zu lösen, die alle drei Volksgruppen in unserem Lande angehen. Und deswegen ist es ganz selbstverständlich, daß wir heute in einem Koalitionsabkommen, in einem Koalitionsprogramm, in einer Regierungserklärung von allen drei Volksgruppen in Südtirol reden müssen, ob es Ihnen paßt oder nicht. Jedenfalls wer-

den wir von allen drei Volksgruppen in unserem Lande auch in Zukunft reden, weil es einfach eine Realität ist, daß in Südtirol nicht nur die deutsche, sondern auch die ladinische Volksgruppe und auch die italienische Volksgruppe lebt. Ich meine, daß wir die Verpflichtung haben, eine Politik für alle drei Volksgruppen in unserem Lande zu machen.

Wenn Sie jetzt sagen, Kollege Benedikter, daß die Verfassungsreform von uns überhaupt nicht tangiert werden kann, daß das alles leeres Geschwafel ist, wenn wir davon reden, daß wir alles tun werden, um mitzuwirken, wo wir können, damit auch der italienische Staat sich immer mehr zu einem föderalistischen Staat entwickelt, daß immer mehr Zuständigkeiten an die Regionen übergehen usw., dann, glaube ich, ist das einfach auch nicht richtig. Wir haben die Verpflichtung, alles zu tun, was wir tun können. Natürlich sind wir uns unserer Stärke und unserer Größe bewußt. Wir wissen selbstverständlich, daß wir mit unserer Stärke nicht den italienischen Staat reformieren können, aber das gesamte Parlament besteht aus einem Abgeordneten nach dem anderen, aus einem Senator nach dem anderen. Und wenn wir auch wenige haben, so haben sie trotzdem die Möglichkeit, auf allen Ebenen für einen Staat mit Aufwertung der Regionen, für einen föderalistischen Staat einzutreten, und auch wir als Landesregierung haben die Möglichkeit, überall dort zu intervenieren, wo immer wir intervenieren können. Und wenn Sie dann behaupten, es können keine zusätzlichen Aufgaben auf das Land übertragen werden, wie z.B. Schule usw., so muß ich Ihnen sagen, das Paket ist ja nichts Endgültiges. Wir haben ja immer gesagt, daß wir auf dem aufbauen können. Und, Kollege Mitolo, es ist ja der Staat zum Teil derjenige, der uns ersucht, Kompetenzen zu übernehmen. Wenn Sie das heurige Finanzgesetz hernehmen, so ist dort ja enthalten, daß innerhalb April dieses Jahres festgelegt wird, welche weiteren Zuständigkeiten eventuell an die Regionen übertragen werden können. Oder wenn wir die ANAS-Straßen hernehmen. Da hat uns der Staat ja zum Teil gebeten, daß wir auch einen Teil der ANAS-Straßen übernehmen, und zwar deshalb, weil er einsieht, daß er diese Dienste nicht mehr organisieren kann bzw. nicht in der Lage ist, so zu organisieren, wie wir sie imstande sind, zu organisieren. Ich glaube, daß wir deshalb weiterhin an dieser Autonomie bauen sollen, das Vorhandene absichern, Neues dazugewinnen sollen. Natürlich nicht umsonst. Wir wollen natürlich auch die betreffenden Geldmittel, damit wir diese Kompetenzen entsprechend verwalten können. Aber, ich glaube, das ist nichts Starres, in dem Sinne, daß man das, was man einmal bekommen hat, nicht mehr ausbauen kann. Im Gegenteil. Wir werden weiterhin versuchen, zusätzliche Zuständigkeiten zu bekommen. Und ich glaube, daß gerade die Schule, die Ausbildung usw., wo wir die Zuständigkeiten heute noch nicht haben, ohne weiteres einen Bereich darstellen, der eventuell an das Land übergehen sollte. Und es ist einmal so, wenn wir schon viele Zuständigkeiten im Bereich der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur haben, dann brauchen wir einfach auch die Schule, denn die Schule ist nichts Losgelöstes vom gesamten Leben, von der Arbeit, von täglichen Problemen. Die Schule ist da, damit sie mit dem Leben verbunden wird. Die Schule ist da, damit sie uns hilft, durch die Ausbildung Leute heranzubilden, die uns



morgen helfen, Probleme zu lösen. Deswegen, glaube ich, gehört zu einer Autonomie einfach die Schule dazu. Und wir werden alles Mögliche unternehmen, damit wir die Schule für unser Land bekommen, natürlich auch, wie gesagt, die betreffenden Geldmittel. Ich glaube schon, daß hier einiges zu erreichen ist, auch im Bereich der Universität. Kollege Mitolo, wenn Sie sagen: *"Im universitären Bereich haben wir überhaupt keine Zuständigkeiten"* und Kollege Holzmann: *"Was wollt Ihr mit Eurer Universität?"*. Wir möchten in der Universität Leute auch für das tägliche Leben heranbilden. Und: *"Was wollt Ihr deshalb mit einer Alpenökologie?"* usw. Wir haben immer gesagt, daß wir Bereiche ausfindig machen möchten, für welche in Innsbruck oder in Trient oder in Verona oder irgendwo anders nicht bereits das gleiche gemacht wird. Und wir haben immer gesagt, daß wir vollständige Lehrgänge einrichten möchten, d.h. daß wir selbst dann auch entsprechende Studientitel verleihen können. Und wir haben immer gesagt, es soll auch gekoppelt werden mit entsprechender Forschung und mit der allgemeinen Ausbildung usw. Ich glaube, gerade im Bereich der Alpenökologie haben wir sehr wohl die Möglichkeit, Leute heranzubilden, die in verschiedenen Bereichen morgen eingesetzt werden können, d.h. daß für sie in Südtirol und auch im gesamten Alpengebiet entsprechende Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Deswegen werden wir, wenn wir in diesem Bereich auch etwas tun, bestimmt nicht nur Leute um der Ausbildung wegen heranbilden, sondern diese Leute werden gerade im Bereich des Umweltschutzes, aber auch im Bereich der Wirtschaft morgen entsprechende Arbeitsmöglichkeiten finden. Und ich glaube schon, daß es deshalb richtig ist, daß wir versuchen, ein Modell für Südtirol im universitären Bereich zu errichten, ein Modell, das auf unsere Verhältnisse zugeschnitten wird. Da gehört sicher neben der Alpenökologie auch Sprache, internationales Recht, Minderheiten, Ausbildung der Lehrer usw. dazu. Und es gibt auch verschiedene kombinierte Möglichkeiten mit bestehenden Universitäten, vor allem Österreich und Italien, wo man eventuell aufgrund eines bilateralen Abkommens entsprechende gegenseitige Hilfe, auch was Lehrkräfte usw. anbelangt, gewähren kann. Ich glaube also, daß wir sicher im Laufe der nächsten Jahre einen Schritt weiterkommen können.

Was die Autonomie anbelangt, so hat es mich an und für sich schon gefreut, daß Kollege Mitolo langsam, langsam versucht, sich ein bißchen von seinem ursprünglichen sturen Festhalten gegen die Autonomie, abzukoppeln, ein bißchen hinzugehen und zu sagen: "Ja, ja, die Autonomie, so schlecht ist sie trotzdem wieder nicht. Man kann schon doch irgend etwas Positives an dieser Autonomie sehen." Ich glaube, dadurch erkennt er auch an, daß wir eigentlich die Verwaltung dieser autonomen Zuständigkeiten gar nicht so schlecht machen. So gesehen sieht man beim Kollegen Mitolo, und sicher auch - nachdem er der absolute Herrscher seiner Partei ist - bei seinen Vasallen, irgendwie eine Änderung, daß man langsam, langsam sagt: "Ja, ja, die Autonomie, einige Vorteile bringt sie doch." Vielleicht will man auch auf diese Weise langsam ein bißchen gesellschaftsfähiger werden. Jedenfalls, Kollege, machen Sie noch viele, viele Schritte in diese Richtung. Dann kann man auch mit Ihnen reden. Aber solange Sie hergehen und die Autonomie nur so anschauen, wie Sie gesagt ha-

ben "ja, ja, die positiven Seiten, aber trotzdem, Rom hat bereits zu viel getan, in diese Richtung", müssen wir immer noch annehmen, daß Sie zwar innerlich überzeugt sind, daß die Autonomie bei uns wesentlich besser verwaltet wird, als wenn die Kompetenzen auf Staatsebene verwaltet würden - das sehen Sie schon selbst auch, denn so blind sind Sie nicht; das sehen Sie schon ein -, aber Sie haben noch nicht den Mut, das zuzugeben. Geben Sie doch einen Ruck und geben es offen zu. Sagen Sie, die Autonomie hat für uns alle Vorteile, für die italienische Volksgruppe ganz die gleichen Vorteile, wenn nicht die größeren, wie für die deutsche Volksgruppe. Und es wird kein Italiener durch die Autonomie benachteiligt, sondern jeder einzelne hat nur Vorteile. Hören Sie endlich einmal auf, den Leuten immer wieder etwas vorzulügen - vorzulügen unter Anführungszeichen, politisch meine ich - und vorzutragen, daß die Autonomie ihnen nur Nachteile brächte, sondern sagen Sie ihnen die Wahrheit! Dann bin ich überzeugt, daß auch die italienische Volksgruppe für diese Autonomie einsteht, daß sie eine Freude an dieser Autonomie hat, daß sie sich zu dieser Autonomie bekennt und mit Begeisterung mitarbeitet, weil wir eben sehen, daß wir auf diese Art und Weise schneller, leichter und unkomplizierter unsere Probleme lösen können. Sie sehen es ja ein, Kollege Mitolo, so verstockt sind Sie nicht; Sie sehen es schon ein, aber nur sagen Sie, nachdem ich ja gestern den Leuten noch versprochen habe, wenn sie uns wählen, dann werden wir diese autonomen Zuständigkeiten irgendwie wieder blockieren oder wir werden wieder Umwandlungen vornehmen usw., kann ich jetzt nicht so schnell ... Das verstehe ich schon. Aber langsam, langsam hoffe ich, daß Sie doch der Wahrheit irgendwie zum Durchbruch verhelfen. Und wenn Sie sagen "*Die Rechten haben ja zugenommen*", dann bitte ich Sie um eines: Glauben sie ja nicht, daß alle diejenigen, die Sie diesmal gewählt haben, Neufaschisten sind. Glauben Sie ja das nicht! Es war diesmal eine ganz besondere Situation, und zwar nicht, weil die deutsche Volksgruppe das und jenes nicht getan hätte, sondern weil es vor allem innerhalb der italienischen Volksgruppe parteienmäßig Probleme gegeben hat. Deswegen haben Sie diesen sogenannten Erfolg kurzfristig bekommen. Ich bin überzeugt, daß viele von den Leuten, die diesmal Sie gewählt haben, ein anderes Mal andere wählen werden. Diesmal war diese besondere Situation auf Staatsebene und auch auf Landesebene, daß viele Wähler verunsichert waren und deswegen Ihnen die Stimme gegeben haben. Aber das sind nicht Neufaschisten. Dessen können Sie sicher sein. Und ich hoffe, daß diese nächstes Mal wieder zu den Parteien der Paketbefürworter zurückkehren.

Und dann möchte ich Sie noch etwas bitten, Kollege Mitolo: Machen Sie bitte nicht den Fehler, die italienische Volksgruppe als Minderheit hinzustellen, denn die italienische Volksgruppe lebt in einem Staat mit 57 Millionen italienischsprachigen Einwohnern. Sie hat von vornherein alle kulturelle Betreuung, die wir hier nicht haben bzw. uns selbst erarbeiten müssen. Ja, die italienische Volksgruppe hat das italienische Fernsehen, hat das italienische Theater, wenn sie will. Sie kann ihre Sprache, Kultur usw. ohne irgendwelche Einschränkung praktizieren. Wir müssen vieles selbst erarbeiten, denn wir können nicht einfach die nationalen Programme einschalten, die deutsche Volksgruppe kann nicht

einfach sagen *"Jetzt haben wir einmal selbst kein Programm, dann nehmen wir einfach etwas auf Staatsebene"*, was in Trient, Verona usw. ohne weiteres möglich ist. Hier muß vieles erarbeitet werden, was anderswo bereits von selbst gegeben ist. Die italienische Volksgruppe hat die Möglichkeit, von allen nationalen Errungenschaften und kulturellen Gegebenheiten Gebrauch zu machen. Und deswegen sagen Sie nicht, wenn Sie in einem Staat von 57 Millionen italienischsprachigen Bürgern leben, daß Sie eine Minderheit sind; wenschon, dann können Sie sagen, eine politische Minderheit, aber niemals, daß sie eine volkliche Minderheit hier in Südtirol wären. Sagen Sie das bitte auch Ihren Leuten.

Dann vor allem auch, Sie treten immer wieder soviel für das friedliche Zusammenleben mit Worten ein, und auf der anderen Seite, wenn es darum geht, wirklich konkrete Beispiele zu setzen, wo man das demonstrieren könnte und wo man auch irgendwie Zeichen des Streitens usw. beseitigen könnte, da sieht man von Ihnen und all ihren Mitkollegen einfach keine konkreten Beweise. Beispiel: Siegesdenkmal. Jeder Italiener, der heute noch das Siegesdenkmal als ein Siegesdenkmal betrachtet, der glaubt, daß er dadurch den Toten irgend etwas Gutes tun, irgendwie Ehre erweist, indem er hergeht und vor dem Siegesdenkmal Zwietracht säht usw., der kann nicht auf der anderen Seite sagen, ich bin für das friedliche Zusammenleben. Schauen Sie, Italien hat so viele Möglichkeiten, der Toten zu gedenken. Und wir in Bozen haben so viele Möglichkeiten, wo wir uns treffen können, und aller Toten, unabhängig in welchem Krieg sie gefallen sind und unabhängig welcher Volksgruppe sie angehören, zu gedenken und ihnen auch die Ehre zu erweisen, denn sie sind letzten Endes ja in Erfüllung ihrer Pflicht gestorben. Aber müssen wir das vor dem Siegesdenkmal tun, das erstens kein Siegesdenkmal ist, das zweitens sicher auch kein Totendenkmal ist, sondern das einfach aus einem Protz, aus einer inneren Haltung der damaligen Zeit heraus errichtet worden ist, wo man Macht demonstrieren wollte, wo man zeigen wollte, wer in unserem Lande das Sagen hat usw.? Lassen wir das. Versuchen wir eine gemeinsame Form dieser Gedenkfeiern zu finden. Wir sind immer bereit, der Toten zu gedenken, aber bitte, Kollege Mitolo, wenn Sie für unser Land etwas Gutes tun wollen, gehen Sie endlich davon ab, daß am 4. November vor diesem sogenannten Siegesdenkmal, vor diesem Denkmal der Zwietracht, weitere Feiern abgehalten werden. Treffen wir uns gemeinsam irgendwo anders und lassen wir endlich diese Provokation einmal sein. Soviel, was das Paket anbelangt.

Toponomastik. Auch das ist ein Thema, das sehr häufig aufgeworfen und besprochen worden ist. Hier gilt es einerseits, an unsere Leute zu appellieren und andererseits vor allem auch an die italienische Volksgruppe zu appellieren. Ich glaube, jeder, der eine Lösung finden will, eine Lösung, die man als gerecht bezeichnen kann, eine Lösung, die vor allem auch mit unseren Durchführungsbestimmungen, mit dem Paket, I. und II. Autonomiestatut, vereinbar ist, der wird einfach einsehen müssen, daß es nicht möglich und auch nicht gerecht wäre, wenn wir heute hergehen und jeden italienischen Namen in Südtirol auslöschen würden. Kollege Benedikter, das ist sicher nicht möglich und wäre auch nicht

gerecht. Es wäre aber auf der anderen Seite ebenso ungerecht, Kollege Mitolo - wenn ich Sie anspreche, dann meine ich alle diejenigen, die Ihre Mentalität vertreten -, wenn wir sagen würden, kein einziger italienischer Name darf in Südtirol gelöscht werden. Es gibt eine ganze Menge, Tausende von Namen, die die italienische Volksgruppe überhaupt nicht verwendet hat - und vielfach die Deutschen auch nicht wissen, daß diese in dieser Form überhaupt existieren - und es ist ein Nonsens, daß wir diese Namen überhaupt regeln. Tolomei hat damals sogenannte Begriffe erfunden hat - denn Namen sind es ja nicht -, indem er einfach hergegangen ist und beispielsweise *"Außerfeld"* mit *"Prato Fuori"* übersetzt oder *"Obervalder"* anstatt mit *"w"* einfach mit *"v"* geschrieben hat. Ja, ist das eine Übersetzung? Hat das irgend etwas damit zu tun? Müssen wir uns an solche Geschichtsfälschungen einfach halten? Es wird doch jeder einsehen, daß das irgendwie ein Nonsens ist, denn das heutige *"Außerfeld"* kann morgen, wenn der Hof verlegt wird, ja *"Innerfeld"* werden. Solche Sachen gesetzlich zu regeln, wäre doch ein Nonsens. Deswegen bin ich der Meinung, daß sehr viele von Tolomei erfundenen Namen einfach nicht mehr auf Landesebene geregelt werden sollen. Das soll man doch den örtlichen Gegebenheiten überlassen, den Gemeinden überlassen, den Fraktionen überlassen, manchmal sogar den kleineren Gemeinschaften, die draußen existieren. Ob sie das *"Außerfeld"*, *"Innerfeld"* oder *"Oberfeld"* nennen, ob sie dieses *"Riedhasen"* oder so oder anders bezeichnen, das ist ja nebensächlich. Das wird man doch nicht mit einem Gesetz machen.

Und das zweite. Es gibt dann sehr, sehr viele Namen, die auch die italienische Volksgruppe in deutscher Form verwendet, d.h. daß die deutsche Form auch von der italienischen Volksgruppe übernommen worden ist, so wie es beispielsweise im Aosta automatisch ist, daß man die französische Form übernimmt, so wie es für Sie und auch für uns eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß wir in den ladinischen Tälern gewisse Gebiete einfach ladinisch übernehmen, denn die sind dort entstanden. Dort sind sie geschichtlich nachweisbar, dort haben sie eine Bedeutung. Für uns haben sie ja gar keine Bedeutung, wenn wir sie übersetzen. Und deswegen sollten sie in der ursprünglichen Form verwendet werden. Ich glaube, daß das keine Verarmung der italienischen Volksgruppe ist, sondern eine Bereicherung für die italienische Volksgruppe darstellt. Schaut, wieviel gibt es in Vinschgau noch heute ladinische Namen, Ortsbezeichnungen oder Gebietsbezeichnungen? Regt sich deswegen jemand auf? Nein. Die sind damals so entstanden und sollen in dieser Form weitergeführt werden. Und so bin ich der Meinung, daß es auch bei uns sein sollte. Viele Namen sind heute einfach von der italienischen Volksgruppe in der deutschen Form übernommen worden. Diese sollten deutsch bleiben. Und dann gibt es eine gewisse Anzahl, die von der italienischen Volksgruppe italienisch und von der deutschen Volksgruppe deutsch verwendet worden sind. Ich bin der Meinung, daß wir jene Namen, die wirklich nachweisbar im Gebrauch sind, die in das Kulturgut übergegangen sind usw., zweisprachig erhalten sollten, d.h. zweisprachig verwenden sollten, das heißt, daß die Italiener ihre Namen verwenden und wir unsere Namen verwenden. Wenn man so etwas macht, dann

bin ich der Meinung, daß wir eine vernünftige Lösung finden, eine Lösung, die für uns alle gut gehen kann.

Deswegen, Kollege Benedikter, wir haben in diesem Zusammenhang ja nichts anderes getan, als in das Koalitionsprogramm eine Formulierung aufgenommen, die von Dir selbst damals erfunden worden ist und die immer wieder als eine große Errungenschaft dargestellt wird. Wir haben dann gesagt, diese Formulierung muß mit einer Durchführungsbestimmung erfüllt werden, denn sie kann ich in dieser Form nicht in das Gesetz hineingeben, denn sowohl im ersten als im zweiten Autonomiestatut ist enthalten, daß wir die deutschen Namen mit Gesetz festlegen müssen. Das heißt, wir können nicht nur eine allgemeine Formulierung haben, sondern wir müssen die Namen mit Gesetz festlegen, diejenigen, bei denen wir glauben, daß sie geregelt werden müssen. Und deswegen sind diese Abmachungen, die wir getroffen haben, diese Verhandlungen usw. nichts anderes, als ein Versuch, unter Zugrundelegung dieses Koalitionsabkommens, eine brauchbare Lösung zu finden. Und dort steht auch wiederum drinnen, daß wir gesagt haben, wir nehmen auf die geschichtliche Entwicklung Bezug. Es steht drinnen, wir nehmen Bezug auf die Bedeutung, auf den Gebrauch usw. Ich glaube also, daß wir auf diese Art und Weise, wenn ein bißchen ein guter Wille von beiden Seiten vorhanden ist, sicher eine brauchbare Lösung finden. Und ich darf Sie, vor allem die rechtsorientierten Parteien, ersuchen, hier Verständnis aufzubringen. Wir leben in einem Land, das eine jahrtausendelange deutsche Vergangenheit hat. Man sollte einfach der Geschichte den Zoll zuerkennen, der ihr gehört. Ich hoffe, daß Sie das dann auch zur Kenntnis nehmen und daß Sie gemeinsam mitarbeiten, um eine Lösung zu finden. Ich glaube, es hat keinen Sinn, daß wir hier die Bevölkerung entzweien, daß wir die Bevölkerung irgendwie aufwiegeln, denn letzten Endes, die Feuerlein, die wir jetzt anzünden, müssen wir alle wieder selbst löschen. Und ich weiß nicht, ob wir auf diese Art und Weise einen positiven Beitrag für das Zusammenleben in unserem Lande leisten. Ich darf Sie also diesbezüglich um einen guten Sinn und vor allem auch um viel Verständnis ersuchen.

Europaregion Tirol. Auch das ist ein Thema, das wiederholt aufgeworfen worden ist. Kollege Benedikter sagt, das ist alles nur eine Farce, denn wir können die Europaregion Tirol ja gar nicht errichten. Es hängt davon ab, was wir darunter verstehen. Ich bin auch mit Ihnen einverstanden, Kollege Benedikter, daß wir keine Möglichkeit haben, eine Europaregion Tirol dadurch zu errichten, indem wir die Grenze vom Brenner nach Kufstein oder nach Salurn verlegen. Diese Verlegung wird sicher nicht möglich sein. Aber, ich glaube, wir verstehen unter Europaregion Tirol die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen nördlich und südlich des Brenners, zwischen Trentino, Südtirol und Nordtirol, eine neue Form der Zusammenarbeit, die jetzt aufgrund des EWR-Vertrages und morgen aufgrund des EU-Beitrittes Österreichs möglich sein wird. Heute ist diese Form nicht möglich. Heute haben wir keine Möglichkeit - jetzt, seit dem 1. Jänner hätten wir sie zum Teil -, daß wir gemeinsam irgendwie Gesellschaften gründen können, daß wir im kulturellen Bereich eventuell gemeinsame Einrichtungen schaffen können, wo hiesige Einrichtungen draußen

auch tätig werden und umgekehrt, z.B. ein Orchester, oder im Theaterwesen - es ist ja gleich, was wir herausnehmen, - oder daß wir z.B. im Bereich des Umweltschutzes, des Verkehrs usw. mehr zusammenarbeiten; kurzum, daß wir verschiedene Formen einer Zusammenarbeit finden, daß wir gemeinsame Initiativen, auch in Brüssel, durchführen. Das ist ohne weiteres möglich. Das verstehen wir unter Europaregion Tirol, wobei sicher eine Grenzverschiebung in der heutigen Zeit nicht realistisch ist und auch nicht möglich wäre. Aber diese Form der Zusammenarbeit, die weit, weit über das hinausgehen kann und muß, was wir heute praktizieren, die kann uns niemand verbieten, die kann uns niemand nehmen, weil uns die internationalen Voraussetzungen diesbezüglich einfach recht geben. Kein Mensch kann sagen, daß das aufgrund von Maastricht nicht möglich wäre oder daß das aufgrund der EG-Bestimmungen nicht möglich wäre. Das kann kein Mensch sagen.

Der Runde Tisch. Den Runden Tisch haben wir ja deswegen eingerichtet, damit er uns neue Ideen bringt, neue Ideen ausarbeitet, in welcher Form die Zusammenarbeit möglich sein kann und sollte. Und diesbezüglich ist gesagt worden: *"Ja, aber da soll auch die Opposition hinein"*. Der Runde Tisch ist ja nicht eine Einrichtung, bei der politische Parteien aufeinanderprallen usw., sondern der Runde Tisch ist eine Einrichtung, bei der verschiedene Institutionen vertreten sein sollen. Zum Beispiel der Kollege Viola, der war vorher bei der Opposition. Weil er aber Landtagspräsident war, war er am Runden Tisch beteiligt. Und jetzt ist es die Frau Kollegin Kasslatter-Mur, weil sie zur Zeit diese Funktion innehat. Das heißt, die Vertretung ist aufgrund von Funktionen festgelegt worden; es ist die italienische Volksgruppe vertreten, es ist die deutsche Volksgruppe vertreten, und es ist die ladinische Volksgruppe vertreten. Hier geht es nicht um Opposition und Mehrheit. Hier geht es darum, gemeinsam, über die Inhaber von Ämtern, eine Lösung auszuarbeiten bzw. Vorschläge zu erarbeiten.

Kollege Willeit sagt: *"Ja, wenn aber diese Europaregion Tirol entstehen würde, dann würde das bedeuten, daß die Ladinier wieder auseinandergerissen werden"*. Was heißt das? Sind sie heute beisammen, wenn die Grenze nicht verschoben wird? Ich kann doch ohne weiteres hergehen und innerhalb dieses großen Tiroler Raumes zusammenarbeiten, ohne daß ich deswegen gegenüber den Trentiner Ladinern oder Belluneser Ladinern Verrat usw. betreibe. Im Gegenteil, ich habe dann sogar die Möglichkeit, für diese Probleme und Sorgen auch draußen zu werben. Es ist also nicht so, daß auf diese Art und Weise etwas auseinandergerissen wird. Im Gegenteil, wir haben neue Plattformen, neue Möglichkeiten, für die dritte und kleinste Volksgruppe in unserem Lande, den Ladinern, etwas zu tun.

Der nächste Bereich, den ich ganz kurz erwähnen möchte, ist der Bereich des Umweltschutzes. Darüber ist sehr, sehr viel geredet worden. Ich möchte nicht all das, was im Programm bzw. im Bericht bereits enthalten ist, wiederholen. Das hätte auch keinen Sinn. Ich möchte nur zwei, drei Sachen herausgreifen, und zwar, weil dazu Fragen gestellt bzw. mißverständliche Äußerungen gemacht worden sind.

Verkehr. Es ist selbstverständlich, daß wir danach trachten, möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, aber dann muß man schon sagen, dann muß man die Kapazität auf der Schiene schaffen. Deswegen ist es nicht besonders intelligent, wenn man sagt, ja, Kapazität auf der Schiene schaffen schon, aber auf der anderen Seite der Brennerbasistunnel bleibt weiterhin irgendwie ein rotes Tuch. Wenn wir wirklich Ernst machen wollen, die Kapazität von der Straße auf die Schiene bringen wollen, dann müssen wir die Schiene machen. Wir müssen die Einrichtungen schaffen, ganz gleich, ob es Verladeeinrichtungen oder ob es Transporteinrichtungen sind, d.h. ob es eine Anlage in Bozen für den kombinierten Verkehr ist, eine Anlage in Branzoll für den kombinierten Verkehr Straße-Schiene usw. ist, damit ich be- und entladen kann. Und dann vor allem auch die Transporte. Ich sage aber noch einmal, weil gesagt worden ist, vor allem vom Kollegen Leitner: *"Wir wollen wissen: Brennerbasistunnel ja oder nein"*. Wir sind grundsätzlich für den Brennerbasistunnel, allerdings nur unter der Voraussetzung - und das möchte ich hundertmal unterstreichen -, daß durch die verschiedenen Umweltverträglichkeitsprüfungen und Erhebungen klargestellt wird, daß die heutige Situation im Eisacktal nicht verschlechtert, sondern verbessert wird. Nur unter dieser Voraussetzung sind wir einverstanden, daß der Brennerbasistunnel gebaut wird. Und ich bin überzeugt, daß das gar nicht anders möglich ist. Wenn wir einen Tunnel machen, dann kann gar nichts anderes herauskommen, als daß auf diese Art und Weise die Situation verbessert wird, denn das Schlimmste wäre, was zum Teil auch die Grünen immer wieder widersprüchlich wiedergeben, wenn wir heute hergehen würden, wie manche sagen, die heutige Kapazität auf der Schiene ausnützen, indem wir Ausbauarbeiten durchführen usw., und dann einfach die Züge durch die heutige Linie durchschleifen. Auf diese Art und Weise hätten wir nicht nur für den lokalen Verkehr kaum noch eine Kapazität frei, sondern auf diese Art und Weise würden wir wirklich die Bevölkerung des Eisacktales schwerstens beeinträchtigen, denn eines müssen wir uns klar sein: es darf keine zusätzliche freie Linie durch das Eisacktal gehen. Wenn wir aber hergehen und sagen würden, wir möchten die ganzen Last- und Personenzüge durch die heutige Linie durchschleifen - die heutige Linie, weil sie ja auch für den lokalen Verkehr dient; die geht durch die Dörfer, die geht durch die Ortschaften, bewohnte Gebiete usw. -, dann ist es selbstverständlich, daß morgen dann die ganzen Züge durch die bewohnten Ortschaften gehen würden. Und da können wir hundertmal sagen: Ja, Lärmschutzmaßnahmen usw. Die lassen sich bei einer Bahn nicht so machen, daß wirklich kein Lärm mehr vorhanden ist. Denken Sie nur daran, welchen Lärm ein Lastzug produziert. Deswegen sage ich: Nach Möglichkeit, immer unter der vorher erwähnten Voraussetzung, die Lastzüge unter die Erde und die Personenzüge ober der Erde, wobei genügend Kapazität für den Lokaltransport zur Verfügung stehen muß. Ob jetzt im Unterland und im Überetsch ein neues Geleis gebaut werden muß, das muß jetzt dann überprüft werden. Dazu kann ich weder ja, noch nein sagen. Jedenfalls soll es überprüft werden, weil ich auch der Meinung bin, alles das, was auf die Schiene verlegt werden kann, sei es Personenverkehr, wie auch Warentransport, soll gemacht

werden. Daß die Notwendigkeit besteht, die Fahrpläne anders zu gestalten, daß vor allem auch versucht wird, den Dienst etwas attraktiver zu machen, durch neues Material und zeitgemäße Wagons usw., ist eine Selbstverständlichkeit. Daß es auch darum geht, die Haltestellen neu zu überprüfen, das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Wir hoffen, daß dieser neue Direktor, der jetzt eingestellt worden ist, wenigstens die Zuständigkeiten hat, daß er mit uns diesbezüglich verhandeln und Abmachungen treffen kann.

Es ist gesagt worden: Alemagna und Ausbau von Straßen. Wir sind - und das möchte ich nochmals im Namen der Landesregierung ganz klar erklären - gegen eine Alemagna, wir sind gegen eine Mailand-Ulm. Wir sind dagegen, daß eine neue, zusätzliche Nord-Süd-Verbindung in Form einer Autobahn gebaut wird. Hier werdet Ihr immer unsere Unterstützung haben. Und, bitte, lügen Sie die Leute nicht an, daß die SVP oder die Landesregierung dagegen wäre. Die einzigen, die etwas konkret in diesem Bereich getan haben, waren nicht die Grünen, sondern das war sicher die Landesregierung. Die Grünen sind in Brüssel meistens nicht weiter als bis zum Portier gekommen. Wir haben wenigstens versucht, mit Rom zu reden, wir haben versucht, mit Wien zu reden, wir haben versucht, mit Bayern zu reden, wir haben versucht, mit Brüssel zu reden, und zwar nicht mit den Portieren, sondern schon mit den Kommissären. Deswegen, glaube ich, daß man einfach nicht sagen kann, daß die Landesregierung nicht alles getan hätte.

Daß die Pustertaler Straße und die Vinschgauer Straße ausgebaut werden, das muß ich Ihnen in aller Form sagen. Diese werden ausgebaut, zu keinen Rennstrecken, sondern in einer sinnvollen naturverträglichen, umweltverträglichen Ausbauf orm. Wir brauchen keine neuen Mühlbachumfahrungen. Das muß ich Ihnen auch sagen. Diese sind sicher nicht in unserem Sinne gemacht worden. Diese haben wir so übernommen, wie sie gewesen sind. Wir brauchen Umfahrungen von bewohnten Gebieten, z.B. Welsberg und Niederdorf, oder Naturns und ...

**MITOLO (MSI-DN):** Andrebbe detto anche Monguelfo...

**DURNWALDER (SVP):** Ho già detto Welsberg, e tu dovresti prima o poi conoscere anche la toponomastica di lingua tedesca.

**MITOLO (MSI-DN):** Se parlo in italiano...

**DURNWALDER (SVP):** Potresti dire anche "*Welsberg*".

Diese Ausbauten werden wir machen, weil sie einfach notwendig und sinnvoll sind.

Dann zum Flughafen. Der Flughafen in Bozen-Süd, der ist schon erwähnt. Dieser wird hergerichtet werden. Er wird sicher nicht vergrößert, aber er wird hergerichtet werden, denn das Schlimmste, was der Bevölkerung dort angetan wird, ist die heutige Form des Flugplatzes. Wenn Sie an die ganzen Hub-schrauber denken - wir haben ja schon erreicht, daß wenigstens die Hub-



schrauberlehrgänge nach Pavia verlegt worden sind - oder an die Sportfliegerei, vor allem die Art, wie die Sportflieger heute hinauftransportiert werden. Das findet auch unsere Zustimmung nicht. Denken Sie an die Modellfliegerei in der heutigen Form. Auch das findet unsere Zustimmung nicht, sondern, ich glaube, daß der heutige Flughafen in der heutigen Größe entsprechend umfunktioniert werden soll - also kein neuer Flughafen und auch nicht Ausbau -, damit ein ordnungsgemäßer Betrieb gewährleistet wird, aber so, daß die heutige Situation nicht verschlechtert, sondern verbessert wird. Und, ich glaube, daß man mit dem auch einverstanden sein müßte. Ich bin der Auffassung, wenn wir morgen wirklich eine Wirtschaft garantieren wollen, ist das notwendig. Es ist einfach so, daß manche Betriebe sagen - und ich bringe ihnen zwei, drei, wenn Sie wollen - : Südtirol kann man einfach abschreiben, vor allem für Verwaltung von größeren Betrieben, weil es einfach nicht möglich ist, daß wir jedes Mal in München landen müssen und dann einen ganzen Tag verlieren für die Hin- und Rückfahrt mit dem Auto. Wir haben, wenn wir irgendeinen Firmenchef, einen Techniker oder einen besonderen Spezialisten hinbringen wollen, damit diese Niederlassungen diese und jene Beratung bekommen, die Notwendigkeit, daß wir am morgen starten können und am Abend zurück sind. Und ich glaube, daß der Ausbau - also nicht Vergrößerung; der Ausbau darf nicht als Vergrößerung verstanden werden - des heutigen Flughafens sicher sinnvoll ist. Er war in der letzten Amtsperiode und ist auch in dieser Amtsperiode als Grundsatz im Programm enthalten.

Dann sagt die Kollegin Kury: *"In der letzten Regierungserklärung war enthalten, daß Ökologie vor Ökonomie geht. Und dieses Mal ist es nicht mehr enthalten."* Sie müssen aber den ganzen Satz lesen. Dort war schon auch enthalten: ... aber nur, wenn dadurch langfristige nichtwiedergutzumachende Schäden entstehen; also nicht in jedem einzelnen kleinen Fall, denn, wenn wir das machen würden, dann müßte man überhaupt nur mehr sagen: Bitte, all das, was ein bißchen Rauch, ein bißchen Lärm oder ein bißchen Verkehr produziert, müssen wir von vornherein abschaffen. Und so gesehen müßte man ja zufrieden sein, wenn jetzt zum Beispiel die Firma Zuegg sich nach Verona verlegt. Sie sehen aber, wie sich die Gewerkschaften wehren, weil Arbeitsplätze verloren gehen. Ich bin mir dessen schon auch bewußt, daß das innerhalb der Ortschaft ein Verkehrsproblem darstellt, daß das sicher auch eine Belastung ist. Ich glaube also, man muß hier sinnvolle Lösungen treffen. Grundsätzlich aber dürfen diese Lösungen nicht immer zu Lasten der Ökologie gehen. Da gebe ich Ihnen recht. Aber grundsätzlich sagen, daß in jedem einzelnen Fall Ökologie vor Ökonomie kommt, das wäre eine sehr, sehr gefährliche und unverantwortliche Aussage. Nur, wenn wirklich nichtwiedergutzumachende große Schäden für Mensch, Umwelt usw. entstehen, dann müssen wir auch auf wirtschaftliche Sachen verzichten. Das sage ich auch ganz offen.

Wenn Sie sagen, in der Landwirtschaft kann man auf Chemie, Monokulturen usw. verzichten. Das ist sicher nicht möglich. Natürlich bin ich auch der Meinung, daß wir in der Landwirtschaft einiges verbessern können, vor allem, was den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln oder Herbiziden usw. an-

belangt, sicher einverstanden; daß wir eine möglichst naturnahe Produktion garantieren müssen, sicher einverstanden, aber daß man generell auf den Einsatz von Chemie - denn jeder Handelsdünger ist auch Einsatz von Chemie - verzichten kann, damit bin ich nicht einverstanden. Wenn wir auf diesen verzichten würden, würde die Menschheit auf der Welt verhungern. Ich muß Ihnen sagen, sie würde verhungern. Natürlich, daß man in diesem Bereich auch vieles machen kann, da gebe ich Ihnen recht. Das Verursacherprinzip ist ja eingeführt worden. Und das wird uns sicher auch noch Probleme bereiten.

Sportstättenleitplan. Das ist auch von verschiedenen Kollegen aufgeworfen worden. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Der Sportstättenleitplan ist unbeeinflusst von der politischen Seite erstellt worden. Wir wollten absichtlich, daß hier nicht die Politik eingreift, sondern Universitäten haben mit unseren Technikern diesen Sportstättenleitplan ausgearbeitet. Es waren Techniker der Universität Innsbruck dabei, Techniker von Universitäten in Deutschland und vor allem auch von italienischen Universitäten. Wir haben gesagt: Macht Ihr einmal einen ganz objektiven Plan. Dann wird man ja sehen. Ich muß Ihnen sagen, so wie dieser Plan vorgelegt worden ist, wird er von seiten der Landesregierung sicher nicht genehmigt werden. Das sage ich ganz offen, weil er sicher viel zu viele neue Sportstätten beinhaltet. In dieser Form werden wir ihn nicht genehmigen. Und ich gebe auch zu, daß einige Ist-Zustände nicht der effektiven Situation entsprechen. Gerade deshalb hat die Landesregierung beschlossen, den Sportstättenleitplan zunächst einmal, bevor wir uns überhaupt damit auseinandersetzen, den Gemeinden zuzuschicken. Und die Gemeinden sollten zunächst sagen, was dort falsch ist, was nicht der Realität entspricht. Ich bin überzeugt, soviel Realitätssinn werden auch die Gemeinden haben, daß sie sagen: Nein, da brauchen wir nicht noch zwei Fußballplätze. Wir haben Fußballplätze genug. Da brauchen wir nicht mehr so viel Tennisplätze. Wir haben Tennisplätze genug. Oder da brauchen wir auch kein Hallenschwimmbad, weil wir bereits in der Umgebung eines haben usw. Erst dann, wenn die Gemeinden ihre Stellungnahme abgegeben haben, werden wir uns als Landesregierung damit auseinandersetzen.

Soziales. Auch das ist ein Bereich, über den sehr viel geredet worden ist. Ich möchte hier einige Sachen mithineinnehmen, die mit dem Sozialen sicher zu tun haben, direkt oder indirekt.

Es ist gesagt worden, heuer haben wir das Jahr der Familie. Kollegin Mayr, dessen bin ich mir bewußt. Und gerade deshalb haben wir bereits einige Aussprachen mit dem Familienverband geführt, weil ich der Meinung bin, daß die Familie im Laufe des heurigen Jahres immer wieder durchleuchtet werden sollte. Es sollen Modellfälle aufgezeigt werden; es sollen die Schwierigkeiten aufgezeigt werden; man soll sich vor allem vor der Realität nicht verschließen, sondern soll auch sehen, wie es in Wirklichkeit aussieht usw. Wir sollen versuchen, Lösungen zu finden, weil das generell auch zum Sozialbereich dazugehört. Daß wir hier ein Familienparlament abhalten, wo die Familien dann die Möglichkeit haben, den Landesregierungsmitgliedern ihre Sorgen vorzutragen, damit bin ich voll einverstanden. Bitte organisieren Sie das, oder helfen Sie mit,

das zu organisieren. Ich bin voll einverstanden. Auch, können wir, wenn Sie wollen, einen Film machen. Aber der Film soll nicht nur eine Glorifizierung von irgendeiner Einrichtung sein, sondern soll wirklich von den Problemen und Sorgen sprechen. Auch hier kaum ein Problem. Ich glaube, daß wir diese Geldmittel auch ausfindig machen können. Wenn Sie dann sagen, daß das Familienpaket - Kollege Peterlini und Sie haben es ja aufgeworfen -, neu überarbeitet werden muß, bin ich damit auch einverstanden, nur bin ich der Meinung, wir sollten endlich auch hier den Mut haben, nicht eine ganze Menge von Sachen einzuführen, sondern wenige und diese ordentlich. Ansonsten wird nur Bürokratie produziert und letzten Endes wird für die Familie oder für den einzelnen recht wenig getan. Konzentrieren wir uns auf zwei, drei wesentliche Dinge. Machen wir diese ordentlich, möglichst unkompliziert und ohne Bürokratie, und lassen wir die anderen Dinge weg - nicht so, wie letztes Mal vor den Wahlen, alle wollten noch irgend etwas hineinbringen, damit sie sagen konnten "*ich habe diesen Abänderungsvorschlag gemacht und der andere hat diesen gemacht*". Das bringt uns nichts. Der Familie kommt es letzten Endes darauf an, was sie selbst bekommt oder was insgesamt hilft. Und da ist manchmal wenig gut besser, als vieles, was die Hälfte der Familien wieder nicht beanspruchen kann. In diesem Zusammenhang redet man auch über INPS und INAIL, eine eigene Institution. Reden kann man, überprüfen kann man, ohne jetzt zu sagen, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Zum Gesundheitswesen hat Kollege Leitner gesagt: "*Das ist Zentralismus im stärksten Ausmaß.*" Ich glaube, wir können auf unser Gesundheitswesen im großen und ganzen stolz sein. Ich glaube, wir haben wirklich bewiesen, daß wir imstande sind, diesen Bereich recht gut regeln. Ich gebe zu, daß es viel Geld in letzter Zeit für die Sanitätsbauten und Einrichtungen usw. gebraucht hat, wenn man aber im Sanitätsbereich wirklich auf der Höhe sein will, dann muß man der modernen Wissenschaft und Technik standhalten. Und Gesundheit kostet halt etwas. Ich glaube, daß wir schon bereit sein müssen, für die Gesundheit auch Geld bereitzustellen, wobei ich allerdings sage, inzwischen ist langsam genug gebaut, und jetzt heißt es, das, was wir an Strukturen haben, entsprechend mit Leben zu erfüllen und zu versuchen, das Beste daraus zu machen. Wir werden überall sparen müssen, und somit auch im Bereich der Gesundheit. Es werden einige Projekte nicht mehr so schnell durchgeführt werden können, vielleicht einige Einrichtungen nicht mehr so schön gemacht werden können, aber daß wir im Bereich der Gesundheit auch in Zukunft entsprechende Geldmittel brauchen, ich glaube, Kollege Leitner, damit bist auch Du einverstanden, denn es wäre schlecht, wenn wir unseren Leuten nicht eine zeitgemäße Gesundheitsversorgung gewährleisten könnten.

Jugend. Dazu ist gesagt worden: "*Nur eine Zeile!*". Ich glaube, Kollege Denicoló - er hat es ja selbst auch gesagt -, daß die Jugend ja nicht nur als Jugend interessieren darf, sondern alle Maßnahmen, die im Paket enthalten sind, sozialen Wohnbau, Mittelstandsförderung, Ausbildung, Weiterbildung, Universität, Freizeitgestaltung, Sport usw. Und so gesehen ist dann eine ganze Menge über die Jugend gesagt worden.

Dasselbe gilt, Kollegin Kasslatte, auch was die Frau anbelangt. Die Frau ist ja nicht nur als Institution, als Mensch zu sehen, daß wir sagen müssen, wir müssen sie besonders hervorheben usw., sondern es kommt darauf an, was wir im ganzen Programm enthalten haben, in der Beschäftigungspolitik, in der Familienpolitik, in der Wirtschaftspolitik. Das alles interessiert ja die Frau. Deswegen, sage ich, es ist eine ganze Menge enthalten, wenn wir das alles anschauen. Daß natürlich die Frau auch spezifische Probleme hat, das weiß ich schon, sei es, was die Arbeitszeit anbelangt, sei es auch andere Sachen. Aber, ich glaube, man kann in ein solches Koalitionsprogramm nicht alles hineinschreiben. Sie können aber sicher sein, daß wir der Frauenarbeit und der Bedeutung der Frau bei der täglichen Arbeit auch Rechnung tragen werden.

Langzeitkranke. Daß das ein Problem ist, die psychisch Kranken, die Langzeitkranken usw., ist sicher. Und hier haben wir etwas nachzuholen, was wir bisher nicht gemacht haben. Das muß ich einfach sagen. In der Psychiatrie, vor allem in der Versorgung der geistig Kranken usw., wo man die Krankheit manchmal nicht so schnell sieht, dort haben wir noch vieles nachzuholen. Und auch was die Langzeitkranken anbelangt. Frau Kury, Sie haben schon recht, wenn Sie sagen, daß ich gesagt habe, wir sollten als Tendenz 5 Betten auf 1.000 Einwohner haben, d.h. wir bräuchten ungefähr 2.200 Betten. Zur Zeit haben wir im ganzen Land ungefähr um die 400 Betten, die in Funktion sind; wir haben aber ungefähr weitere 700 Betten in Planung, d.h. daß wir ungefähr auf die Hälfte jetzt bereits hinkommen. Und wir werden selbstverständlich nicht in fünf Jahren auf 5 Betten auf 1.000 Einwohner hinkommen, aber wir werden in der Planung und Orientierung in diese Richtung gehen. Wir müssen ja in die Zukunft planen, und deswegen ist es richtig, daß wir uns einen Vorsatz machen, damit wir wissen, wo wir letzten Endes "landen" wollen, denn das hat für die Verteilung und die Planung usw. große Bedeutung. Wir sind uns dessen bewußt, daß hier noch ein großer Nachholbedarf besteht.

Einwanderer. Es ist gesagt worden, diesbezüglich seien Widersprüche im Programm enthalten: einerseits sagen wir, Aufnahmestelle, Beratung usw. und andererseits sagen wir, nur diejenigen, die bei uns Arbeit finden. Ich bin der Meinung, daß wir uns grundsätzlich um das Problem der Einwanderer kümmern müssen, aber nicht in der Form, daß wir mit verschiedenen Sonderleistungen Leute in unser Land locken, die hier dann keine Beschäftigung oder keine Ausbildung bekommen können. Wir sollten versuchen, denjenigen, die hier eine Arbeit finden, eine Unterkunftsmöglichkeit zu gewährleisten; wir sollten versuchen, sie eventuell auch schultechnisch zu betreuen, auch kulturell, religiös usw. soweit es möglich ist, ihnen entgegenzukommen, aber dann sollten wir eine Aufnahmestelle in der Form schaffen, daß wir klar sagen, wenn die Leute herkommen - sicher, sie sollten sich einmal waschen können, sollten einmal zwei, drei Tage bleiben können, damit sie richtig informiert werden können -: *"Schaut Leute, es hat keinen Sinn, daß Ihr Euch hier unter einer Brücke oder sonstwo niederläßt. Hier könnt Ihr keine Arbeit finden"*, und ihnen auch ganz offen sagen, daß wir ihnen morgen auch keine Sozialleistungen geben werden. Es hat keinen Sinn, die Leute mit Gewalt herzulocken. Wir sollten ihnen die

Wahrheit sagen. Diejenigen, die hier arbeiten, haben auch das Recht, von uns aufgenommen zu werden, von uns betreut zu werden, in jeder Richtung. Den anderen sollten wir auf die Art und Weise helfen, daß wir sie richtig beraten und ihnen vor allem helfen, damit sie in ihrem Herkunftsland auch irgendwie betreut werden, indem versucht wird, dort, durch das Gesetz, das wir haben, auch zu intervenieren, wobei man selbstverständlich einzelne Maßnahmen setzen kann, wo auch Gruppen ausgebildet werden. Aber die sollten dann in ihrem Heimatland eingesetzt werden. Und diese Aufnahme- und Beratungsstelle möchten wir auch einrichten.

Arbeitsplätze Industriezone Bozen. Diesbezüglich ist vor allem vom MSI, sei es vom Kollegen Holzmann wie vom Kollegen Mitolo, einiges gesagt worden. Wir sind uns dessen schon bewußt, daß wir Arbeitsplätze erhalten sollen, daß wir auch die Industrie fördern sollen. Dessen sind wir uns bewußt, aber, Kollege Holzmann, was die Grundstücke anbelangt, müssen wir schon schauen, daß diese Grundstücke, die wir in der Bozner Umgebung haben, so sinnvoll wie möglich verwendet werden, so produktiv wie möglich verwendet werden und daß nicht Spekulationen betrieben werden. Deshalb haben wir gesagt, wir weisen diese Zone als Zone von Landesinteresse aus und weisen sie nur Betrieben zu, bei denen wir die Garantie haben, daß sie soundsoviel Arbeitsplätze schaffen bzw. hier in diesem Lande arbeiten. Deshalb die Enteignung zum Schutz, zur Garantie, damit Spekulationen ausgeschaltet werden und nicht, wie manche meinen, daß wir heute hergehen und einen italienischen Betrieb enteignen. Es hat auch niemand etwas gesagt, wie wir einen deutschen Bauer enteignet haben! Das heißt also, wir müssen hier mit klarem Kopf vorgehen und versuchen, die notwendigen Flächen ausfindig zu machen, damit Industriebetriebe angesiedelt und erhalten werden können.

Dann ist gesagt worden - vor allem vom Kollegen Atz -, man sollte freie Flächen schaffen und nicht alles zuweisen. Daß wir nicht alles zuweisen, das ist schon richtig, aber wenn wir jedem Betrieb soviel geben würden, daß er jedenfalls für die nächsten zwanzig Jahre genug hat, das wäre eine sehr gefährliche Maßnahme, denn dann müßten wir jedem Betrieb das Doppelte und Dreifache zuweisen, weil er einfach sagen wird: *"Ja, ich möchte mich in Zukunft einmal erweitern"*. Nein, nein. Der soll heute sein Programm haben und dann sollen wir ihm das geben, was er braucht, um dieses Programm durchzuführen, aber nicht, in der Form, daß man jedem das Doppelte und Dreifache von dem zuweist, was er heute benötigt. Das wäre sehr, sehr gefährlich.

Dann ist gesagt worden,: Über die Wirtschaft ist zu wenig gesagt worden. Im Bericht wird immer wieder von Wirtschaft gesprochen. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß wir über Wirtschaft nichts ausgesagt haben, sei es, was die Wirtschaftsform anbelangt, unsere Unterstützung anbelangt usw. Lieber Kollege Munter, selbstverständlich möchten wir eine möglichst praxisnahe, verständliche Wirtschaftspolitik betreiben, die auch auf die Realität eingeht und darauf Rücksicht nimmt, in der Gesetzgebung, in der Energiefragenklärung usw. Das sind alles Probleme, Programme, die in dieser Amtsperiode angegangen werden sollen.

Es ist von der Kultur geredet worden, vor allem Universität. Darüber habe ich bereits einiges gesagt. Man hat gesagt, wir wollen wissen: Immersion, ja oder nein. Und da sage ich Ihnen ganz offen: Immersion nein, wenn darunter zu verstehen ist, daß in einer italienischen Schule Deutschunterricht für ein Fach gewährleistet werden sollte. Dann sage ich Ihnen ganz offen nein. Wenn es aber nur darum geht, wie man in letzter Zeit versucht hat, damit man nach außen gut dasteht, obwohl der Inhalt ganz anders ist, daß man einfach die Erhöhung der Deutschstunden in einer Schule als Immersion betrachtet hat, dann sage ich ja, weil wir der Meinung sind, daß wir alle Interesse haben sollten, daß unsere italienischen Mitbürger die deutsche Sprache erlernen und beherrschen. Deshalb, wenn Sie hergehen und sagen, anstatt drei Stunden Naturgeschichteunterricht nur zwei Stunden und dafür eine Stunde Deutschunterricht mehr, dann sage ich, das soll selbstverständlich möglich sein. Darüber soll die Volksgruppe selbst entscheiden können. Und deswegen bin ich selbstverständlich dafür, daß der Deutschunterricht erhöht wird, aber nicht in der Form, daß irgendein anderes Fach in Deutsch unterrichtet wird, denn das wäre Immersion. Zu dem sage ich ganz klar nein.

Zur Frage: Universität zweisprachig oder nicht. Wenn wir in den Bereichen tätig sind, die ich Ihnen vorher erklärt habe, d.h. Sprache, internationales Recht zwischen deutschem und italienischem Kulturraum usw., dann ergibt sich das Problem der Sprache gar nicht, denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Professor in seiner Sprache liest, weil die Zuhörer ja deswegen da sind, damit sie Deutsch oder Italienisch lernen können, beim Sprachenbereich, oder daß sie das deutsche Recht in Deutsch lesen und das italienische Recht in Italienisch lesen. Ich glaube, daß das sicher auch vernünftig ist, wenn wir uns schon in diesem Bereich spezialisieren wollen. Und wir möchten uns ja vor allem auf diesen Bereich beschränken. Daß natürlich die Ausbildung der Lehrer für die deutsche Schule in Deutsch gemacht wird, das glaube ich, brauche ich wohl nicht zu erwähnen, denn das müßte wohl mehr als selbstverständlich sein.

Und, Kollege Mitolo, wir möchte nicht nur die sogenannten "lauree brevi" hier anbieten, sondern wir möchten schon einen vollkommenen Studiengang bis zum Ende, nicht in allen Bereichen, sondern in den Bereichen, die ausgewählt werden, das heißt, daß wir letzten Endes dann auch das Doktorat verleihen können. Ich glaube, ansonsten könnten wir ja sowieso nicht von Universität reden.

Im Bereich der Bildung, vor allem was Bibliotheken anbelangt, ist erwähnt worden, man sollte schauen, daß Bozen auch eine Bibliothek bekommt. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Bozen hätte bereits seit langem eine Bibliothek, lieber Dr. Viola. Die italienische Volksgruppe muß sich endlich einmal darüber klar werden, wie sie gemacht werden soll, denn bis jetzt ist die Bibliothek deswegen nicht errichtet worden, weil man in einem Haus eine Gemeindebibliothek und im anderen Haus eine Landesbibliothek errichten wollte. Das wird doch ein nonsens sein. Der Bevölkerung, und das sollten endlich auch die Politiker verstehen, ist es ganz gleich, ob dieses Haus von der Gemeinde oder vom Land verwaltet wird. Die Bevölkerung will eine ordentliche, zeitgemäße Bibliothek haben,

in der man alle Bücher findet, die irgendwie nur möglich sind. Und es ist der Bevölkerung ganz gleich, ob dieser Verwaltungsrat von der Gemeinde namhaft gemacht wird oder vom Land namhaft gemacht wird. Es wäre doch ein nonsens, wenn wir heute in Bozen zwei Bibliotheken mit getrennten Verwaltungsräten, mit getrennten gleichen Büchern errichten würden. Wir möchten eine schöne Bibliothek für die italienische Volksgruppe, und diese sollte gemeinsam zwischen Gemeinde und Land errichtet werden. Und ich bin der Meinung, daß diese nach Möglichkeit anschließend an die Bibliothek der deutschen Volksgruppe, die Teßmann-Bibliothek, errichtet werden sollte. Aus diesem Grund haben wir ja die Longon-Schule angekauft, denn nach meiner Ansicht wäre es sehr sinnvoll, wenn wir die Teßmann-Bibliothek dadurch vergrößern könnten, daß wir einen Teil anschließend in der Longon-Schule unterbringen, daß man einen unterirdischen Durchgang errichtet und dort dann auch die italienische Bibliothek in den anderen Stöcken unterbringen könnte. Dann könnten alle jene, die irgendein Buch brauchen, ganz gleich ob ein italienisches oder ein deutsches, in dasselbe Gebäude gehen, es könnten die gleichen Leute für die Ausgabe usw. hergenommen werden; wir könnten Kosten einsparen und hätten dann wirklich eine schöne Bibliothek, wo wir, von mir aus, zwei getrennte Verwaltungsräte machen können und wissenschaftliche Beiräte machen können, aber räumlich gesehen in der gleichen Umgebung untergebracht wären. Das wäre sicher ein großer Vorteil. Und das hätten wir schon gemacht, wenn nur die Stadt ja gesagt und nicht Hindernisse in den Weg gelegt hätte.

Kollege Leitner, ich muß jetzt einfach etwas sagen, zu dem, was Sie immer wieder herumkolportieren, herumlügen und verbreiten. Ich muß Sie um eines bitten: Sind Sie vorsichtig, bevor Sie Sachen herumerzählen, die einfach nicht wahr sind. Auf diese Art und Weise kann man zwar im Moment einige Wählerstimmen bekommen, man kann im Moment einmal ein paar Leute unzufrieden machen, aber, ich glaube, soviel müssen wir mit der Wahrheit verbunden sein, daß wir wenigstens versuchen, die Wahrheit zu sagen. Sie haben gesagt, die Europäische Akademie Bozen soll aufgewertet werden. Alles in Ordnung. Sie sagen aber, diese würde 6,2 Milliarden bekommen. Ich muß Ihnen sagen, lieber Kollege Leitner, daß Sie einfach die Zahlen umgedreht haben, nicht 6,2 Milliarden, sondern 2,6 Milliarden. Das ist ein Unterschied. Und ich muß Ihnen jetzt sagen, nur weil ich mir das in der Zwischenzeit herausgesucht habe, die Europäische Akademie hat im Jahr 1992 1 Milliarde 755 Millionen bekommen; im Jahr 1993 2 Milliarden 100 Millionen; im Jahr 1994 sind zur Zeit 1 Milliarde und 50 Millionen vorgesehen, wobei es klar sein muß, daß das nur die 50 % sind. Und wenn Sie sagen :*"Ja, aber in diesem Prospekt steht drinnen 6 Milliarden 200 Millionen"*, dann muß ich sagen: Das ist ein Wunschkatalog, daß man sagt, wir müssen intern Umbauarbeiten machen, wir müssen Ankäufe tätigen usw. Und deswegen möchte man diese 6,2 Milliarden haben. Wenn ich immer das hernehme, was irgendein Verband vorschlägt, dann wird es natürlich anders aussehen. Die Bauarbeiten, die hier durchgeführt würden, die könnte ich ja niemals der Akademie als solche anlasten. Das ist ja nur die Form, daß

wir anstatt über das Assessorat für öffentliche Arbeiten über die Akademie selbst diese Bauarbeiten durchführen. Das stimmt einfach nicht.

Und gleichzeitig muß ich Ihnen noch etwas sagen. Die gleiche Lüge verbreiten Sie auch immer wieder, was das Personal anbelangt. Ich möchte es Ihnen jetzt offiziell noch einmal sagen, und ich gebe es Ihnen dann schriftlich, wenn Sie es haben wollen, damit Sie endlich einmal mit diesem Märchen aufhören. Der Stellenplan. Sie sagen zwischen 1989 bis 1993, die letzten fünf Jahre, wären 20 % mehr Stellen geschaffen worden. Ich sage Ihnen eines: Am 31.12.1989 hatten wir 7.013 Stellen in der Landesverwaltung, ohne Sanität, weil das ja eine separate Verwaltung ist; am 31.12.1993, also vor einem Monat, hatten wir 7.255 Stellen, d.h. eine Erhöhung von nicht ganz 4 %. Also nicht 20 %, sondern 4 %. Und wenn Sie wissen wollen, wie diese Erhöhung zustande gekommen ist, sage ich Ihnen auch das. Wir haben in der Zwischenzeit einige Zuständigkeiten übernommen bzw. umgesetzt, vor allem im Transportwesen, aber auch im Bereich des Umweltschutzes. Die größte Erhöhung hatten wir im Bereich der Behinderten. Dort haben wir zusätzlich 114 Leute aufgenommen. Also im Bereich der Behinderten haben wir eine Erhöhung, im Bereich der Kindergärten haben wir eine Erhöhung und auch im Bereich des Zivilschutzes. Das sind die drei Bereiche, wo wir den größten Zuwachs haben, d.h., wo wir über 100 Personen Zuwachs haben. Ich gebe Ihnen dann die Unterlagen, damit Sie das ganz genau kontrollieren können. Und ich hoffe, daß Sie sich dann schon der Wahrheit verpflichtet fühlen.

Wenn wir jetzt hergehen und sagen, wir nehmen auch die Arbeiter dazu, die mit Privatvertrag aufgenommen worden sind, Aufforstung Vinschgau, dann die ganzen Forstarbeiter usw., die Ersatzkräfte für Leute, die in Schwangerschaftsurlaub gegangen sind, dann sieht es folgendermaßen aus: Leute, die effektiv im Dienst waren, waren am 31.12.1989 8.588 und am 31.12.1993 9.300. Das heißt, wenn wir alle diese hernehmen, dann wäre eine Erhöhung von 8 % gegeben. Aber da, muß ich sagen, ist schon der größte Teil für die Aufforstung im Vinschgau aufgenommen worden, wo wir ungefähr 120 Leute beschäftigt haben. Das sind Sachen, die durch Arbeiter durchgeführt werden. Die haben mit der Landesverwaltung als solche nichts zu tun, sondern da haben wir neue Programme gemacht. Und für die Durchführung dieser neuen Programme haben wir Arbeiter aufnehmen müssen. Diese haben aber mit der Landesverwaltung als solche überhaupt nichts zu tun. Wir hätten die Arbeiten auch übergeben können. Aber das wäre wohl nicht sinnvoll gewesen. Es ist wohl besser, wenn wir sie in Eigenregie durchführen. Ich gebe Ihnen dann diese Unterlagen, damit Sie das schwarz auf weiß haben und diese Märchen nicht mehr weitererzählen.

Bozen. Auch dieses Thema ist immer wieder angesprochen worden. Und ich bitte vor allem die Kollegen des MSI, aber auch die anderen, den Kollegen Magnabosco und auch den Kollegen Atz, Sie sollen auch hier die Bevölkerung nicht immer in der Form informieren, daß das Land für die Gemeinde nichts täte. Zunächst einmal, die Gemeinde Bozen ist für uns die ganz gleiche Gemeinde, wie jede andere Gemeinde auch. Es ist eine Gemeinde wie Meran, wie Bri-



zen, wie Leifers usw. Und deshalb soll sie behandelt werden, wie jede andere Gemeinde auch, denn ich muß Ihnen sagen, daß ja jetzt schon nach der Reihe Vertreter von Gemeinden kommen und sagen: Wir möchten auch irgendeine Sonderbehandlung. Leifers zum Beispiel ist gekommen. Brixen ist gekommen. Meran war vor einigen Tagen bei mir. Diese fragen: Ja, warum nur Bozen? Wir haben ja auch diese und jene Probleme.

**CONSIGLIERE:** (*interrompe - unterbricht*)

**DURNWALDER (SVP):** Deve aspettare un po'. Arrivo anche a questo punto.

Deswegen, sage ich, es ist richtig, daß die Gemeinde Bozen so behandelt wird, wie jede andere Gemeinde auch. Wir können nicht hergehen und in jedem einzelnen Fall eine eigene Bestimmung machen, eigene Verhandlungen führen usw. Ja, wo würden wir dort hinkommen? Dann müßten wir mit 116 Gemeinden eigene Verhandlungen führen. Es ist ja bereits ein Unterschied. Die Gemeinde Bozen, weil sie Mittelpunkt ist, bekommt pro Einwohner einen wesentlich größeren Betrag pro Kopf, als eine andere Gemeinde. Das ist ja von vornherein schon so geregelt. Das ist auch richtig so, obwohl sich viele aufregen.

Deshalb: Endlich einmal der Gemeinde sagen, sie ist eine Gemeinde wie jede andere auch und sollte deshalb so behandelt werden.

Jetzt kommt allerdings dazu, daß die Gemeinde Bozen auch Landeshauptstadt ist. Und weil sie Landeshauptstadt ist, muß sie Strukturen schaffen, die natürlich nicht nur Bozen angepaßt, sondern für andere auch von Nutzen sind. Und um diese Strukturen schaffen zu können, ist es gerechtfertigt, daß wir eine Sonderfinanzierung geben. Also, die Gemeinde Bozen soll nicht besonders behandelt werden, sondern nur was diese zusätzlichen Strukturen anbelangt, die für eine Landeshauptstadt praktisch zwingend sind. Dort sollten wir von Fall zu Fall für dieses und jenes und drittes Projekt eine Sonderfinanzierung gewähren. Und wir haben in der letzten Amtsperiode der Gemeinde Bozen 156 Milliarden Lire Sonderfinanzierung gewährt, weil sie Strukturen schaffen muß, die über Bozen hinausgehen. Dort ist es auch gerechtfertigt. Deswegen sagen wir: Was diesen Teil anbelangt, möchten wir ein Komitee einsetzen - ob es dauernd ist oder nicht, das kann man dann ja festlegen -, das sich trifft, um über diese Funktion der Stadt Bozen zu reden. Und für die Durchführung dieser Funktionen wird Bozen auch in Zukunft eine Sonderbehandlung bekommen, aber nur für diesen Teil. Sagen Sie der Gemeinde auch, daß es einfach nicht möglich ist, daß man die Gemeinde Bozen anders behandelt wie Leifers, in der Verwaltung usw. Die Gemeinde Bozen, soweit es die normale Funktion der Gemeinde betrifft, soll gleich behandelt werden wie jede andere auch; soweit es die Funktion als Landeshauptstadt betrifft, sollten wir ihr für die Errichtung von Strukturen, die für das ganze Land da sein, oder die größer gemacht werden müssen, eine Sonderfinanzierung gewähren. Und das werden wir auch in Zukunft tun.

Wichtig vor allem ist, glaube ich, daß auch die notwendigen Wohnungen geschaffen werden, damit endlich, Kollege Benedikter, die Leute nicht gezwungen sind, von Bozen in die umliegenden Gemeinden abzuwandern. Und so gesehen, lieber Kollege Benedikter, trägst Du einfach die Schuld, daß sich Leifers so entwickelt hat und daß Leifers sich zur Zeit mit diesen ganzen Problemen auseinandersetzen muß und auch die umliegenden Gemeinden. Wenn Du geglaubt hast, daß man in Bozen einfach sagen kann, wir weisen keine Gründe aus, oder wir lassen dort niemanden bauen, damit auf diese Art und Weise gewisse Leute abwandern, dann hast Du Dich getäuscht. Die Leute sind in die umliegenden Gemeinden gegangen und haben dort alle Probleme geschaffen, die möglich waren, vor allem im urbanistischen Bereich. Deswegen bin ich der Meinung, daß in Bozen die Bauzonen ausgewiesen werden sollen, damit jene Bürger, die in Bozen wohnen wollen und hier arbeiten - nur jene, die hier den Arbeitsplatz haben oder ansässig sind -, eine Wohnung bekommen können. Ich begrüße es sehr, daß die Gemeinde Bozen endlich den Bauleitplan verabschiedet. Ich muß Ihnen in dem Zusammenhang sagen, weil die Gemeinde Bozen immer hervorgehoben wird und die Schuld dem Land geben wird: Wir haben der Gemeinde Bozen bereits im Mai 1989 angeboten, daß wir 7 Hektar genehmigen würden für Auffüllzonen, wenn sie sie ausweisen würden. Die Gemeinde Bozen hat damals geantwortet: Wir brauchen kein Sonderprogramm, denn bis Ende 1989 wird ohnedies der Bauleitplan genehmigt. Jetzt schreiben wir das Jahr 1994, und der Bauleitplan ist immer noch nicht genehmigt. Aber, bitte, geben Sie in diesem Zusammenhang nicht dem Land die Schuld. Wir haben das Geld da, wir hätten die Gründe da. Aber die Gemeinde Bozen ist nicht imstande, den Bauleitplan zu verabschieden. Und so geht es leider auch mit einigen Geldmitteln. Die Geldmittel, die wir für das Theater der Gemeinde Bozen vorgesehen haben, gehen bereits das dritte Mal in Erhausung, weil die Gemeinde Bozen bis heute noch nicht soweit gekommen ist, daß sie die entsprechenden Unterlagen gebracht hat. Und auch in einigen anderen Fällen geht es so. Deshalb, bitte, geben Sie die Schuld demjenigen, der sie hat und nicht immer nur dem Land.

Ladiner - die dritte Volksgruppe. Dessen sind wir uns voll bewußt, lieber Kollege Willeit. Sie haben mir zu einem großen Teil in Ihrer Intervention aus dem Herzen gesprochen. Ja, das ist das, was Sie alle Jahre gehört haben. Deswegen werden Sie es so gut gekannt haben. Wir haben das ja alle Jahre gesagt, in jeder Regierungserklärung ist das enthalten, bei jeder Vorsprache in Rom ist das vorgebracht worden, daß wir sagen, die Ladiner müssen einfach aufgewertet werden, in der Form, daß sie in allen Gremien vertreten sind, ganz gleich, ob das Landtagspräsidium, Regionalratspräsidium ist, daß sie auch die Möglichkeit haben, in die Landesregierung zu kommen. Wir haben alle Maßnahmen ergriffen. Wir haben die Beschlüsse der Landesregierung gemacht. Wir haben die Anträge in 6er und 12er Kommission gemacht. Wir haben die Anträge in Rom unterschrieben, damit die Verfassung diesbezüglich abgeändert wird. Diesbezüglich haben Sie uns voll und ganz auf Ihrer Seite, bzw. Sie brauchen nur jene Programme, die wir bereits seit Jahrzehnten immer wieder erar-

beitet haben, zu unterstützen. Und wir sind Ihnen für jede Unterstützung in diese Richtung dankbar, weil wir hier das gleiche meinen.

Auch was die Erhöhung der Stunden beim ladinischen Fernsehen und Radio anbelangt, voll und ganz einverstanden. Sie haben ja schon die Zusage, nur geht die Durchführung viel zu langsam, weil es heißt, das Geld ist nicht da usw. Mehr als einen Beschluß von seiten der römischen Regierung kann ich Ihnen wirklich nicht bringen, wo wenigstens eine Erhöhung gewährleistet worden ist. Und ich muß Ihnen sagen, wir verlangen sogar noch mehr. Wir verlangen auch, daß die ladinische Volksgruppe bei der RAI Bozen eine eigene Struktur bekommt und daß sie nicht einfach ein Anhängsel irgendeiner anderen Volksgruppe. Es heißt: *"Da sind ja nur zwei, drei Mitarbeiter"*. Da muß man einmal schauen, ob diese überhaupt angemessen sind. Und wenn sie angemessen wären, dann bin ich der Meinung, daß das nicht nur eine Frage der Anzahl der Mitglieder oder der Angestellten ist, sondern eine Frage der Wertschätzung einer Volksgruppe. Deswegen bin ich voll und ganz damit einverstanden, daß wir auch weiterhin das verlangen.

Was die verwaltungsrechtliche Vertretung anbelangt, werde ich weiterhin - und das habe ich Ihnen schon einige Male gesagt -, mit den Bürgermeistern Kontakt aufnehmen, damit ich die Möglichkeit habe, ihnen zu sagen, was in der Landesregierung ansteht und damit sie die Möglichkeit haben, ihre Probleme direkt in die Landesregierung einfließen zu lassen. Leider, muß ich sagen, ist kein Ladin in der Landesregierung vertreten. Wäre einer vertreten, dann würde sicher der Ladin der Ansprechpartner sein. Aber mehr, als daß der Landeshauptmann selbst sich als Verbindungsglied mit der Landesregierung zur Verfügung stellt, mehr kann ich auch den Ladinern nicht anbieten. Und, ich glaube, daß sie darüber wohl erfreut sein müßten, nicht immer nur das Gegenteil sehen sollen.

Schulamtsleiter. Diesbezüglich haben wir in den nächsten Tagen eine Aussprache. Werden wir sehen, was es dort dann gibt.

Verwaltung - Personalabbau - Gesetze - Sparen. Da haben Sie mich voll auf Ihrer Seite, nur ist das manchmal schneller gesagt, als getan. Aber eines ist sicher: es wird uns die Situation einfach zwingen, Einsparungen durchzuführen. Wir werden sicher in der Verwaltung, wenn wir auch verglichen mit anderen Gebieten ganz gut dastehen, trotzdem alles, was möglich ist, einsparen müssen. Das heißt, wir werden dort Einsparungen durchführen müssen. Wir müssen, was das Personal anbelangt, die einzelnen Sektoren von Fachleuten genau analysieren lassen. Wir haben es bereits für zwei Bereiche gemacht. Wir werden es jetzt noch für einen dritten und vierten machen. Und dort wird sich dann sicher herausstellen, daß einige Verwaltungsabläufe anders geregelt werden können, daß Personal eingespart werden kann. Und das möchten wir auf jeden Fall weiter durchführen, soweit es irgendwie möglich ist, denn alles, was wir uns da ersparen, können wir auf der anderen Seiten für etwas vielleicht Produktiveres oder Besseres ausgeben. Und das möchten ja auch wir.

Daß weniger Gesetze gemacht werden sollen, damit sind wir auch einverstanden. Aber Sie sehen nur, daß die Opposition nicht unbedingt das beste

Beispiel gibt, denn von den Gesetzentwürfen, die bis heute eingereicht worden sind, wie ich gehört habe, stammen nicht alle nur von der Mehrheit. Infolgedessen sollte man sagen, daß das nicht nur für die Mehrheit gilt, sondern sicher auch für die Minderheit. Auch sie sollten mitarbeiten, damit wir mit weniger Gesetzen auskommen.

Daß Kompetenzen an die Gemeinden übertragen werden, sei es zum Teil im Delegierungswege, zum Teil aber direkt übertragen werden können, soweit wir die Möglichkeit haben, damit bin ich auch voll und ganz einverstanden. Wir haben einiges bereits getan, und das wird weitergeführt werden. Ich glaube, also, daß wir hier tun, was möglich ist. Mehr können Sie nicht verlangen.

Ich meine, damit habe ich auf die wichtigsten Fragen geantwortet. Ich weiß, daß ich nicht auf jede einzelne Frage eingegangen bin, aber das ist auch nicht der Sinn und Zweck. Es sind mehr Problemkreise, und auf diese bin ich eingegangen, soweit es mir möglich war. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir gemeinsam eine gute Arbeit beginnen können, daß wir gemeinsam die Probleme im guten Geiste und in guter Absicht lösen können, die im Laufe dieser fünf Jahre an uns herangetragen werden. Ich darf Ihnen versichern, daß ich immer ein offenes Ohr haben werde, wenn die Opposition gute Vorschläge vorbringt - denn warum sollten sie, nur weil sie von der Opposition erfunden worden sind, schlecht sein? - nur, wenn man Sachen verlangt, die in der Praxis nicht durchführbar sind, Sachen die nicht durchgeführt werden können aus den verschiedenen Überlegungen, diese zu unterstützen hätte keinen Sinn, denn das würde bedeuten, den Bürgern nicht die Wahrheit zu sagen. Und wir sollten immer eine Politik des Möglichen, des Machbaren betreiben, weil wir nur auf diese Art und Weise die Bürger nicht nur nicht irreführen, sondern ihnen auch offen sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist. In diesem Sinne darf ich Sie für die nächsten fünf Jahre, sollte ich gewählt werden, um Ihre Mitarbeit ersuchen.

(Beifall - applauso)

**PRÄSIDENTIN:** Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort in persönlicher Angelegenheit beantragt. Bitte.

**BENEDIKTER (UFS):** Landeshauptmann Durnwalder hat mir Behauptungen zugeschrieben, die nicht stimmen. Er sagt: "*Wahrheit sagen! Stimmt nicht.*" Er hat zwei Sachen von mir behauptet, die einfach nicht stimmen, und zwar, ich hätte behauptet, nur die deutsche Sprachgruppe, nicht die anderen Sprachgruppen sollen gleich gut behandelt werden. Und ich habe behauptet und geschrieben, daß es nicht stimmt, wie im Programm drinnen steht, daß im Pariser Vertrag stehe, daß alle drei Sprachgruppen so und so behandelt werden müssten. Im Pariser Vertrag ist nur die Rede vom Schutz der deutschen Sprachgruppe. Das ist eines.

Und zweitens wirft er mir vor, ich hätte behauptet: Toponomastik - keine italienischen Namen. Das stimmt bei Haut und Haar nicht. Ich bin der Urheber der Formel im Koalitionsabkommen von 1983, die dann im Koalitionsabkommen von 1989 übernommen worden ist, wo es heißt, es sollen die Namen aufrecht bleiben -

abgesehen davon, daß das heutige Autonomiestatut es so nicht zuläßt -, die gemäß Richtlinien der Vereinten Nationen geschichtlich verwurzelt sind. Das heißt, daß eine gewisse Anzahl italienischer Namen aufrecht bleiben muß, auch gemäß Richtlinien der Vereinten Nationen, allerdings nicht, so wie Durnwalder gesagt hat: 500 oder 1.000 usw. Tatsache ist, daß gemäß Eurem Kompromiß alles, was im Gebrauch ist, aufrecht bleibt, während im Koalitionsabkommen von damals steht: Es darf sich das, was durch die faschistischen Dekrete aufgezwungen worden ist, nicht auswirken, daß man dann sagt, *"ja und damit war es jetzt siebzig Jahre in Gebrauch"*. Das steht ausdrücklich drinnen. Und das hat man jetzt fallengelassen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir beginnen mit der Stimmabgabeerklärung. Jedem Abgeordneten stehen dafür zehn Minuten zur Verfügung. Wer wünscht das Wort? Bitte, Abgeordneter Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Frau Präsidentin, designierter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu einigen Dingen Stellung nehmen, wo ich direkt angesprochen worden bin, und muß natürlich gleich vorweg sagen, daß ein Politiker nicht die Aufgabe haben kann, die Leute unzufrieden zu machen, wie mir der Landeshauptmann vorwirft, sondern höchstens, daß man ihnen die Unzufriedenheit nimmt. Und die Unzufriedenheit kann man ihnen nur dann nehmen, wenn man sie richtig informiert. Ich ersuche Sie, Herr Landeshauptmann, weisen Sie Ihre Beamten an, wenn man Informationen anfordert, daß sie auch die richtigen Zahlen geben. Dann wird es nicht passieren, daß man falsche Zahlen - wenn sie falsch sind, und wir werden das überprüfen - in die Welt setzt. Es ist in Südtirol eine große Kunst, überhaupt Informationen zu bekommen. Wir haben erst jüngst vier große Verbände angeschrieben, sie möchten uns mitteilen, wieviel sie aus dem Landeshaushalt Gelder bekommen. Keiner hat uns die Zahl mitgeteilt. Man hat uns auf den Landeshaushalt verwiesen. Ich bin dankbar, daß ich Ihre Zahlen bekomme.

Wenn man Frieden im Lande will, dann muß man auf Gerechtigkeit bauen. Und ich komme noch einmal auf die Toponomastik zurück. Frieden wird dann garantiert, wenn man gerechte Lösungen sucht. Und in der Toponomastik kann eine gerechte Lösung nur heißen, daß man die UNO-Richtlinien anwendet. Diese haben nicht wir erfunden. Und hier soll man, ich sage es noch einmal, keine Kompromisse eingehen und auf dem, glaube ich, angemessenen Standpunkt beharren.

**FRASNELLI (SVP):** Es gibt keine UNO-Richtlinien.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es gibt UNO-Richtlinien.

**FRASNELLI (SVP):** Empfehlungen, Herr Pius Leitner!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ja, bitte es sind Empfehlungen. Auch Empfehlungen sind Richtlinien.

Was die Zahlen zur Europäischen Akademie anbelangt, braucht man sich nur den Haushaltsvoranschlag anschauen. Und diesen habe nicht ich gedruckt. Die Zahlen liegen klar auf der Hand. Es sind 6,7 Milliarden Lire ausgewiesen; da-

von 6,2 Milliarden an öffentlichen Beiträgen. Im Landeshaushalt sind 3 Milliarden vorgeschlagen. Und, Herr Landeshauptmann, die 2,6 Milliarden beziehen sich auf den Haushalt 1993, der ja auch mitübernommen wird. Aber, wenn Sie nicht zuhören wollen, dann sage ich es Ihnen auch anschließend. Es sind Zahlen, die nicht ich erfunden habe. Diese kann man jederzeit überprüfen.

Ich darf aber noch etwas sagen, was die Güte der Autonomie anbelangt und auch zu den Stellenplänen. In der jüngsten Zeit hat man sehr viel über die 80 Stellen, die bei der Firma Zuegg abgebaut werden, geredet und geschrieben. Und jeder Arbeitsplatz weniger ist einer zuviel. Das ist mir auch klar. Aber ich habe kein Wort gehört, daß man bei der Eisenbahn 431 Stellen gestrichen hat. Das ist fünfmal die Firma Zuegg. Warum sagt man dazu kein Wort? Aus den Stellenplänen der Eisenbahnverwaltung sind, ich wiederhole es, 431 Stellen gestrichen worden. Das ist fünfmal das Ausmaß von Zuegg. Warum sagt man dazu nichts? Und ich kann es auch detailliert angeben: das sind minus 294 beim Bahnpersonal, minus 57 beim Oberbau und bei den Elektrikern, minus 56 beim Fahrpersonal und minus 24 bei den Maschinenführern. Und diese Daten berufen sich auf die Ergebnisse von 1992. 1993 hatte die Eisenbahn ein noch schlechteres Ergebnis, und es werden wieder Stellen abgebaut. Aber das sind ja, leider Gottes, nur Stellen aufgrund des Proporzdekretes. Die entgehen ja nur unseren Arbeitern. Da kümmert man sich anscheinend nicht so sehr darum. Ich sage, jeder Arbeitslose ist gleich zu behandeln, und auch diese. Ich wiederhole nochmals die Zahl: 431! Wahrscheinlich hat es die Landesverwaltung noch nicht gehört. Und ich habe auch immer darauf hingewiesen, daß in diesem Bereich die Landesregierung viel zu wenig tut, sich viel zu wenig kümmert und auch nicht informiert wird, weil man kein Mitspracherecht mehr hat. Und das ist keine Güte der Autonomie, das ist keine beispielgebende Autonomie.

Es freut mich, daß der Herr Landeshauptmann sagen kann, es findet keine Immersion statt, es gibt keine zweisprachige Universität. Wir haben sehr, sehr viele schöne Worte gehört, sehr, sehr klare Zusagen. Ob sie dann auch klar bleiben ...? Wir werden unsere Zustimmung daran messen, auch was den Basistunnel anbelangt und andere Dinge mehr. Und ich sage noch einmal: Wir sind der Meinung, daß die Koalition in dieser Zusammensetzung zur Zeit nicht die richtige ist, weil sie nicht dem Wählerauftrag entspricht und weil die bisherige Koalition 15 % der Stimmen verloren hat. Es sind alles Verlierer in dieser Regierung. Es entspricht nicht dem Wählerauftrag. Aber das Programm an sich, das sage ich ganz entschieden auch, ist nicht schlecht. Es sind sehr viele gute Absichtserklärungen enthalten. Ob sie dann auch durchgesetzt werden, werden wir sehen. Wir werden unsere Zustimmung immer von Fall zu Fall daran messen. Und ich wiederhole es noch einmal, das haben wir immer gesagt, wir verstehen die Oppositionsrolle ganz klar als konstruktiv: dafürstimmen, wo wir überzeugt sind und dagegen, wo es dagegenzustimmen gilt.

**BENEDIKTER (UFS):** Durnwalder hat gesagt: "*Wir halten uns an altbewährte Grundsätze*". Wenn das stimmen würde, wäre ja alles in Ordnung.

Das österreichische Fernsehnetz hat vor nicht allzulanger Zeit eine Unterredung mit mir übertragen und gleich anschließend eine Unterredung mit Durnwalder, was die Erhaltung des landwirtschaftlichen Grüns betrifft und den Ausverkauf

der Heimat durch die von mir als zuständiger Landesrat in den 60er Jahren eingeführte sogenannte Landesbauordnung, daß man auf diese Weise den Ausverkauf der Heimat hintangehalten hat, ohne verbieten zu können, daß Grund oder Wohnungen an Ausländer verkauft werden. Und dort hat mich dieser Journalist gefragt: Ja, sind Sie dann nicht angegriffen worden - er hat gewußt, daß ich als der erste Kommunist in der Südtiroler Volkspartei angegriffen worden bin -, ja, hat Durnwalder nicht Sie auch angegriffen? Ich habe gesagt: Ja, ja, bitte.

Und dann hat Durnwalder nachher - ich habe zufällig den Fernseher eingeschalten -, nach meinem Interview, darauf geantwortet und gesagt: Ja, ich habe ihn angegriffen und wie, aber er hat recht behalten. Bitteschön!

**ABGEORDNETER:** (*unterbricht - interrompte*)

**BENEDIKTER (UFS):** Nur möchte ich, daß diese Mentalität nicht nur in diesem einen Fall ist, sondern durchwegs wäre. Ich werde recht behalten, bitte. Ich wäre ja gezwungen, für Durnwalder zu stimmen:

- wenn die Bevorzugung der einheimischen Arbeitskräfte, die Bevorzugung der einheimischen Staatsbürger wiederhergestellt würde, die man mit Landesgesetz abgeschafft hat;

- wenn der Raumordnungsplan auch wieder für den Staat verbindlich gemacht würde, denn durch ein Kofler-Gesetz ist der Raumordnungsplan nur mehr eine Sammlung von guten Vorsätzen und nicht mehr für den Staat verbindlich, obwohl in ganz Italien alle Raumordnungspläne aller Regionen auch für den Staat für seine Vorhaben - Straßen selbstverständlich, siehe Alemagna - verbindlich sind. Und wir haben es abgeschafft. In Trient hat man im Raumordnungsplan Autobahnen, die die ANAS bauen wollte, nicht vorgesehen, und sie sind dann durch Inkrafttreten des Raumordnungsplanes gefallen;

- wenn man die Zuständigkeit für örtliche Rundfunk- und Fernsehprogramme, wie sie im Autonomiestatut vorgesehen sind, mit Gesetz richtig einführen würde, selbstverständlich ohne daß man damit den Pluralismus und was damit zusammenhängt, abschafft;

- wenn man die Freiheit der kulturellen Tätigkeit und Werbetätigkeit im Ausland wiederherstellen würde, ohne die römische Kontrolle;

- wenn man das Stilfserjoch-Park-Gesetz, das der Landtag verabschiedet hat - gegen uns -, widerrufen würde, indem man nicht zustimmt, daß der Stilfserjoch-Nationalpark verstaatlicht wird und indem man mit Landesgesetz die 8.000 Hektar ausklammert;

- wenn man die Gesellenprüfung wieder einführen würde - Bitte, ich verstehe den Handwerkerverband nicht: von 1956 bis 1981 haben wir die Gesellenprüfung gehabt, als einzige Region Italiens; nicht die Meisterprüfung, aber die Gesellenprüfung hat der Verfassungsgerichtshof 1956 durchgelassen. Dann hat man versucht, die Meisterprüfung einzuführen, was aber vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt worden ist. Und dann hätte man die Gesellenprüfung wieder einführen können. Nein, das hat man nicht getan. Es hat geheißen, Frick, bitte: "*Siamo in Italia - brauchen wir nicht*". Und ich glaube, wir würden sie notwendig brauchen, so wie sie in Deutschland mit der Meisterprüfung, trotz EG, weiterkommen, nur lautet die

EG-Richtlinie so, wenn ein Italiener von Italien kommt und dort sein Handwerk ausüben möchte, muß er sechs Jahre Berufsausübung nachweisen -;

- wenn man die beruflichen Lehranstalten als Oberschulen übernehmen würde, denn der Staat ist im Begriffe, sie wieder zu kassieren.

- Ortsnamengebung: Ich habe schon gesagt, halten wir uns an das Koalitionsabkommen, die Formel, die ich damals durchgesetzt habe, aber an das Koalitionsabkommen; nicht wie Durnwalder behauptet hat, wir halten uns. Dort steht nämlich drinnen: Was durch die faschistischen Dekrete im Gebrauch erzwungen worden ist, das darf nicht gelten. So gilt alles, denn was ist nicht im Gebrauch? Selbstverständlich sind nicht alle Höfenamen im Gebrauch der italienischen Bevölkerung. Das stimmt.

- Machen wir die MEBO wenigstens wieder zweispurig und nicht vierspurig, denn damit ist das Etschtal von Meran bis Bozen endgültig erledigt. Es dauert sicher noch ein bis zwei Jahre bis die Arbeiten wieder aufgenommen werden können. Also könnte man ruhig wenigstens auf zweispurig zurückschalten. Abgesehen davon, der fast zwei Kilometer lange und zwölf Meter hohe Viadukt rund um Sigmundskron verunstaltet die Zentrallandschaft Südtirols.

- Keine Verbauung der Kaiserau und des Grünkeils, weil sie nicht notwendig ist. Und es stimmt nicht, aber Durnwalder wiederholt es immer wieder: In derselben Zeit - 1981 bis 1991 -, wo die Einwohner Bozens abgenommen haben, von 105.000 auf 98.000, also um runde 7.200 Einwohner abgenommen haben, sind 7.300 aus Bozen in die alten Provinzen abgewandert. Und Leifers hat zugenommen. Aber die deutsche Bevölkerung in Leifers hat in derselben Zeit doppelt soviel zugenommen als die italienische Bevölkerung. Bitte, wenigstens die Zahlen gemäß Landesamt für Statistik sollten gelten!

Wenn das zugegeben wird, daß man da die altbewährten Grundsätze, die man bis 1988 als Südtiroler Volkspartei eingehalten hat, auch mit den Resolutionen der Landesversammlung, gelten läßt, dann stimme ich für den Ausschluß und gut. Nur habe ich 1989 damals geschrieben: Ich bin seit 1948 konsequent für den Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie eingetreten, und das von mir eingebrachte erste Landschaftsschutzgesetz von 1956 hat Italien vor den Vereinten Nationen mit folgenden Worten angepriesen: *"Strenge Vorschriften sind in Kraft gesetzt worden, um die Landschaft Südtirols unversehrt zu erhalten, auch durch Beschränkungen der freien Verfügungsgewalt über das Privateigentum, die sonst in der italienischen Gesetzgebung nicht vorkommen"*. Italien wollte vor den Vereinten Nationen zeigen, was es alles an Gesetzen zugelassen hat. Deswegen bin ich auch 1965 als einziger Vertreter Italiens zu einer Landschaftsschutzkonferenz ins Weiße Haus in Washington eingeladen worden, deswegen allerdings habe ich auch bei den Landtagswahlen 1988 im Vinschgau Tausende von Stimmen verloren, und deswegen bin ich letzten Endes auch von Interessengruppen, die den Parteiausschuß der Südtiroler Volkspartei beherrschen, Anfang 1989 von der Landesregierung ausgeschlossen worden, nachdem dieselbe Partei im Juli 1988 meinen Landesraumordnungsplan mit den 13 Grundsätzen zum Landschafts- und Umweltschutz begraben hatte. Und ich selbst habe im Landtag erklärt, daß es wenig Sinn hätte, das Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen, wenn gleichzeitig Südtirol landschaftlich gewissermaßen die Seele verlieren würde, denn es war tatsächlich so - und seitdem hat sich ja einiges noch ereignet -, daß nach den schönen Worten im Koaliti-



onsprogramm der Landesregierung von 1984 - wo ich noch im Landesausschuß war, bis 1989; ich wurde von 1987 bis anfangs 1989 im Landesausschuß 13 Mal überstimmt in Landschaftsschutzfragen; die Partieresolutionen sind sowieso nicht ausschlaggebend; wie gesagt, 13 Mal überstimmt - ja eine Reihe von Dingen zugelassen worden ist, siehe Golfplatz Petersberg, Villermoos, Planierungsarbeiten im oberen Talbereich von Schlinig, die vierspurige MEBO, Mullwies in Tisens, Aufstiegsanlagen, Straße auf die Muthöfe, Flugplatz Bozen, zugelassen worden mit einer Philosophie, die ich nicht verstehe. "Ökologie vor Ökonomie" ist schön im Programm gestanden, steht jetzt nicht mehr drinnen. Und dann wird einfach abgestimmt. Also diese Philosophie verstehe ich nicht. Dann wird einfach abgestimmt und es heißt dann: Jetzt ist abgestimmt worden und die Vertreter der Ökonomie haben überwogen und gesiegt. Was hat es dann für einen Sinn, überhaupt ein Programm zu machen und dort schöne und gute Vorsätze vorzutäuschen, die dann nicht eingehalten werden?

Also, unter diesen Umständen kann ich dieser Landesregierung, und in erster Linie diesem Landeshauptmann, nicht die Stimme geben. Anders wäre es, wenn er zugeben würde, wie er es in einem Fall getan hat: Der Benedikter hat recht gehabt.

**MAGNABOSCO (Unione di Centro):** Dall'analisi fatta dello stesso bilancio, è ovvio che il mio voto non può essere che contrario. Naturalmente la mia non è una valutazione sulle persone, non è stato mai mio uso farla; siamo in politica. Devo però tenere conto di quanto dicono le persone, e, da quanto è stato detto, mi pare di poter affermare che questa Giunta non può essere costituita. Questo perché il Presidente Durnwalder ha affermato: "Abbiamo ritenuto di fare una Giunta con un socialdemocratico", mentre nel suo ultimo intervento il consigliere Viola ha detto: "C'è stata una precisa scelta politica, dimostrata anche dal coinvolgimento dei verdi". Ricordo al Presidente Durnwalder che - se le cose non sono cambiate improvvisamente - dare del socialdemocratico ad una persona della formazione politica del consigliere Viola è una delle offese più sanguinose che potevano essergli rivolte; è una affermazione peggiore di "ladro" o di qualsiasi altra cosa, e questo è tutto dire. Oggi il Presidente Durnwalder ha affermato che il consigliere Viola è un socialdemocratico. Qui c'è un grave equivoco: o è vero quello che ha detto il consigliere Viola, giustificando la sua entrata in questa Giunta ed affermando che c'è stata una scelta di campo, una precisa scelta politica dimostrata anche dal coinvolgimento dei verdi, oppure è vero quello che ha affermato il consigliere Durnwalder. Sono due affermazioni che si contraddicono. A questo punto, se ho ben capito quello che è stato detto e che ho trascritto, a meno che non ci sia un errore nella traduzione, direi che i due personaggi dovrebbero incontrarsi e stabilire che sono incompatibili perché dicono cose opposte. Posso affermare che una Giunta, frutto di un equivoco, di un malinteso, non è votabile. Ovviamente, per quanto riguarda il Presidente devo dire - ed in generale riaffermo tutto quello che ho detto la volta scorsa - che non posso assolutamente votarlo, pur riconoscendo e all'uno e all'altro delle due persone che ho nominato, qualità umane, capacità di lavoro, competenza ecc. Da questo punto di vista non faccio alcuna osservazione; questo sia ben chiaro. Non mi piacciono i personalismi. Quando la volta scorsa ho attaccato abbastanza duramente il programma, mi sono preoccupato che la cosa

non venisse intesa come un attacco personale a chicchessia; queste sono cose lontanissime dal mio modo di pensare e di vedere. La mia posizione politica però è chiarissima. Ci sono due poli, e l'Alto Adige è coinvolto in questa grande sfida che consentirà di avere dei chiarimenti e spero una politica generale in tutta Italia più seria e più varia con possibilità di alternanza che gli elettori potranno dare, come in tutto il resto dello Stato. Con la fiducia che questo avvenga, al di là delle trovate che fanno i Partiti, forse proprio per impedire che la volontà popolare espressa con quell'ottanta per cento venga disattesa, credo in questa seria possibilità di scelte di campo, - uso i termini del consigliere Viola - in questa scelta politica, e mi rammarico che la SVP che avevo sempre considerato un Partito che non era nel campo della sinistra, abbia fatto questa scelta. Spero che in futuro la stessa SVP debba rammaricarsi e tornare indietro nei propri passi.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Grazie, signora Presidente. Come i miei colleghi Benedikter e Leitner, approfitto anch'io per fare una piccola precisazione che riguarda quanto detto dal Presidente Durnwalder, che rientra nel capitolo: "Anche i politici mentono". Lui ha detto che a Bruxelles noi abbiamo parlato con i portieri; io personalmente ho parlato con il Commissario Van Mirt; prendo atto che per il nostro Presidente, il Commissario per i trasporti Van Mirt è un portiere. Ho inoltre parlato con L'attuale Direttore della Commissione trasporti Erdmenger.

Passiamo alla nostra dichiarazione di voto. Le verdi non hanno difficoltà a condividere i principi che informano questo programma. Chi ha insinuato che si tratta di una scelta condizionata da fattori estranei al programma stesso, non ricorda che anche Alexander Langer ed Arnold Tribus all'inizio della precedente legislatura si sono benevolmente astenuti sul programma della nuova Giunta provinciale e sulle dichiarazioni del Presidente, dichiarando - come oggi facciamo anche noi - al tempo stesso "Saremo vigili affinché l'attuazione del programma di Governo non si allontani dai principi che qui sono stati enunciati: il consenso delle popolazioni sulle scelte di fondo per il futuro del Sudtirolo, il riconoscimento del quadro autonomistico, l'impegno per una sua rivitalizzazione, il sostegno al dialogo fra i gruppi linguistici, la solidarietà sociale, l'attenzione a favorire uno sviluppo equilibrato dell'economia, ed i principi della prevenzione del 'chi inquina paga' nella questione ambientale". Questi sono i principi del programma con cui noi siamo d'accordo. La nostra esperienza insegna che non sempre le dichiarazioni verbali corrispondono ai fatti, e su questo eserciteremo il nostro controllo. Nello stesso tempo faremo proposte - come abbiamo sempre fatto - che permettono di costruire una azione complessiva utile a risolvere i problemi concreti che accomunano le popolazioni conviventi, al di là delle questioni ideologiche che interessano più ai politici che alla gente. Nell'affermazione del Presidente Durnwalder abbiamo sentito la novità che "le proposte delle opposizioni saranno prese in considerazione". Noi sappiamo che fino adesso raramente è stato così. Le proposte dell'opposizione sono state respinte in quanto "proposte dalle opposizioni" e questo, nella continuità, è un segno di grande cambiamento...

**CONSIGLIERI:** (*interrompono - unterbrechen*)

**ZENDRON (GAF-GVA):** Ce ne erano di buone, che poi sono state copiate.

**KLOTZ (UFS):** *(interrompe - unterbricht)*

**ZENDRON (GAF-GVA):** Io, collega Klotz, credo sempre a tutto. E' questo l'augurio che io oggi mi faccio. L'impegno che prendo per il gruppo verde è che nei prossimi cinque anni in quest'aula si possano affrontare i problemi della gente, ognuno con le sue visioni del mondo, la sua opinione, senza giocare a fare i "grandi statisti" come spesso è stato fatto per dribblare il compito in parte ingrato di occuparsi di piccole-grandi cose che formano una politica seria al servizio del cittadino e lavorando all'interno del quadro giuridico-istituzionale che noi abbiamo, eventualmente per migliorarlo o per adattarlo ai tempi, se necessario e se voluto da tutti, ma nella convinzione che noi abbiamo, che la pace ed il benessere della popolazione di questa terra, dipendono dalla convinta partecipazione di tutti all'autonomia; una partecipazione che non è scontata ma che dipende dalla nostra azione, dal modello di vita che sapremo proporre. Noi pensiamo ad un modello per cui tutti insieme si prendono cura della terra comune, rispettandosi a vicenda, rispettandone e amandone insieme la natura.

**HOLZMANN (MSI-DN):** Grazie, signora Presidente.

Signor Presidente Durnwalder, la cosa che ho immediatamente notato all'inizio della sua replica, è stato il fatto che Lei ha dedicato quasi venti minuti a parlare del nostro Partito, ai risultati elettorali conseguiti; in questo è stato imitato anche dal futuro assessore Viola che come Lei, nella prima parte del suo intervento, ha parlato del Movimento Sociale Italiano per circa venti minuti. Questa sua attenzione ci fa piacere, ma naturalmente non possiamo concordare con Lei su taluni giudizi che ha voluto esprimere anche in ordine ai motivi per i quali 36.000 cittadini di questa provincia hanno inteso premiare il nostro Partito. Non si tratta di voti neofascisti - non lo ho mai detto e personalmente non mi ritengo un neo-fascista - e quindi questa sua citazione, a mio avviso, è inopportuna. Riteniamo che il risultato che in ordine di tempo segue a molti altri risultati analoghi, confermi che una grossa parte della popolazione di lingua italiana non sia d'accordo con la gestione che è stata fatta dell'autonomia. Non sono tutti contro l'autonomia e non ci vogliamo opporre come forza contro l'autonomia; vogliamo però che ci sia garantito il diritto - se ci consente - di poter contestare alcuni aspetti dell'autonomia e di poter chiedere alcune modifiche dello Statuto. Mi sembra che in questo il suo Partito, con altre finalità, faccia altrettanto. Il principio dell'inviolabilità dello Statuto non è più un principio nel quale la Volkspartei si riconosce.

**MITOLO (MSI-DN):** Presidente Kasslatte, sarebbe possibile ottenere attenzione da parte del Presidente della Giunta?

**HOLZMANN (MSI-DN):** Per quanto riguarda le dichiarazioni programmatiche che formano il fondamento e la base per le successive iniziative politiche dei prossimi cinque anni, riteniamo che in alcuni aspetti siano state troppo generiche. Prendiamo anche atto di alcuni segni di novità. Noi ricordiamo molto bene quando portavamo in quest'aula le mozioni per sollecitare la SVP su temi importantissimi, come ad esempio la creazione di una università, e cozzavamo contro il muro della

SVP che diceva: "L'università non ci serve, non ne abbiamo bisogno". Cogliamo questo segnale di novità, ma non possiamo non rilevare come sia ancora troppo generico per poter essere compreso nella sua portata, nella sua reale dimensione. Signor Presidente, è stata istituita una Commissione e non sappiamo a che conclusioni è pervenuta, e che tipo di indirizzo si vorrà dare e neanche che tipo di impostazione si vorrà dare. Quando qualche esponente del suo partito sostiene che la sede ideale sarebbe Bressanone, credo che questa sarebbe una scelta di carattere etnico che non ha nulla a che vedere con la logica delle cose. Questo lo riconoscono esponenti di primo piano del suo Partito. Per quanto riguarda altre importanti questioni, come la toponomastica, per la quale si sono raccolte in pochissimi giorni oltre 15.000 firme di cittadini della nostra provincia, forse Lei farebbe bene ad usare toni un pochino più prudenti. Lei si è molto spesso richiamato all'esperienza del passato, citando in più occasioni il senatore Tolomei. Presidente Durwalder, deve riconoscere una cosa: il senatore Tolomei in provincia di Bolzano non ha tolto i nomi di lingua tedesca, mentre quello che volete fare voi, è quello che contestate al periodo fascista. Dimostrate un atteggiamento scarsamente comprensivo delle necessità del gruppo linguistico italiano di volersi riconoscere nei propri luoghi attraverso una toponomastica che è inventata, come lo è qualsiasi altra toponomastica al mondo. Ogni popolazione ha il diritto di riconoscersi nei luoghi dove vive e dove opera, attraverso una toponomastica che gli possa appartenere anche dal punto di vista linguistico.

Un'altra questione poco chiara - da noi richiamata nei precedenti interventi - è quella dell'Euroregione. Si parla di accordi economici privilegiati; noi abbiamo già un "Accordino trasfrontaliero" e si pensa di estenderlo. Ci sono anche altre realtà economiche a noi vicine: il Veneto, la Lombardia, regioni con le quali giornalmente ci confrontiamo. Signor Presidente, oggi come oggi i capitali si spostano indipendentemente dalle scelte politiche, se è vero come è vero, che aziende altoatesine si sono spostate nell'est-Europa ed hanno costituito stabilimenti in Spagna; questo significa che il capitale oggi va dove ci sono maggiori possibilità di redditività. Perché non confrontarci anche con queste aree? Perché quindi non stringere rapporti di collaborazione anche con il Veneto o con la Lombardia, che sono regioni estremamente progredite nel campo del turismo, dell'industria, dell'artigianato, ed in tanti settori economici. Sono regioni dalle quali avremo sicuramente occasioni per imparare e per crescere assieme.

Signor Presidente, il nostro giudizio complessivo non può essere positivo. Questo perché al di là delle sue dichiarazioni, dobbiamo anche prendere atto della cosiddetta "squadra" che dovrà governare con Lei la nostra autonomia per i prossimi cinque anni. A tale riguardo noi avanziamo parecchie perplessità di ordine politico, perché, a fronte di una precisa "sterzata" dell'elettorato a destra da parte della Giunta provinciale corrisponde una "sterzata" a sinistra. Dalle dichiarazioni fatte dal candidato dell'assessorato all'industria, non abbiamo sentito neppure una parola sull'industria: ha parlato per venti minuti del Movimento Sociale italiano ma non ha detto neanche una parola sui suoi programmi, sulle sue idee, sulle sue intenzioni per quanto riguarda l'assetto dell'industria nella provincia di Bolzano. Se per entrare in Giunta bisogna dare una disponibilità ad ogni costo ad entrare, per poi assumersi una competenza, questo discorso verrà rimandato nel tempo. A nostro avviso, prima di entrare in Giunta bisognerebbe anche conoscere le responsabilità

a cui si va incontro. Ciò non è stato fatto e ce ne dispiace. Non vorremmo che i futuri progetti per la zona industriale rimanessero nelle mani di chi per anni ha indicato come modelli di riferimento i modelli socialisti, che sono finiti come sono finiti. Non vorremmo che i programmi per la zona industriale li facessero i sindacati; questo perché devono essere tenute presenti tutte le tendenze della nostra economia. Oggi il trasformismo e le necessità modificano certe impostazioni. Qualcuno giustamente ricordava come il PDS in questi giorni è diventato un Partito federalista, cosa che non avevamo mai sentito prima. Noi prendiamo atto di tutte le tendenze al cambiamento ed auspichiamo che queste tendenze si determinino per motivi reali, per reali convincimenti, e non per questioni di opportunità elettorali. Certo è che nutriamo grosse preoccupazioni sul futuro dell'industria che è stata creata negli anni '30, che si è adattata al territorio provinciale e che si è sviluppata nelle vallate, ha prosperato per anni ed ha creato posti di lavoro e creato ricchezza. E' un settore che deve essere indubbiamente tutelato. A proposito della politica della Giunta provinciale per quanto riguarda i terreni industriali, noi continuiamo a mantenere le nostre perplessità - già avanzate nel corso dei precedenti interventi - perché non è giustificabile l'operato della Giunta che impegna decine di miliardi di risorse pubbliche per acquisire delle aree da distribuire - a suo giudizio - alle imprese che ritiene opportune. Si tratta di una interferenza nelle regole di mercato che non è giustificata né dall'aumento della ricchezza, né dall'aumento dei posti di lavoro. Riteniamo invece che si devono aiutare seriamente le aziende in difficoltà e che si deve intervenire su queste. Bisogna mantenere l'occupazione ed evitare che in futuro si creino i problemi con i quali giornalmente noi dobbiamo fare i conti. Nel comparto dell'industria in questi anni si sono persi centinaia di posti di lavoro, e si rischierà di perderne degli altri nel corso dei prossimi anni. Speriamo che la Giunta provinciale sappia dare delle risposte precise.

Signor Presidente della Giunta, per quanto riguarda la questione di Bolzano capoluogo, quello che Lei ci ha detto non è sufficiente. Questo perché siamo in presenza di una città di 97.000 abitanti, che negli ultimi anni ha perso 8.000 abitanti ed ha grossissimi problemi, ed ogni giorno si deve confrontare con degli affitti altissimi e con gli acquisti di appartamenti che ormai sono esorbitanti, con costi superiori del 50% alla vicina città di Trento. Ci sono 900 domande giacenti all'IPEAA; 900 famiglie in cooperative in attesa di una designazione: questa è la situazione. Signora Presidente, mi avvio alla conclusione. Ci sono centinaia di famiglie su cui incombe l'incubo di uno sfratto. Riteniamo che Bolzano meriti risposte più concrete, che meriti impegni a lunga e media scadenza più seri e più rispettosi di una situazione di grave difficoltà che si è determinata negli anni scorsi anche per colpa della Giunta provinciale. Visto che Lei "tirava in ballo" l'amministrazione comunale, dobbiamo anche sottolineare che la Giunta comunale, signor Presidente, è composta anche dal suo Partito, e quindi non possiamo giocare a rimpiazzino nascondendoci dietro le reciproche competenze, perché le responsabilità politiche naturalmente competono anche al suo Partito. Prendiamo invece atto della sua ultima affermazione, in base alla quale il rapporto con l'opposizione verrà migliorato; verranno approvate le iniziative fatte dall'opposizione ritenute utili ed intelligenti. Questa sua dichiarazione ci fa molto piacere. Purtroppo anche nella passata legislatura il livello del confronto si è abbassato proprio in virtù del fatto che tutte le iniziative dell'opposizione venivano bocciate da parte della Giunta, e questo naturalmente non è

positivo per nessuna delle due parti. Speriamo che queste sue dichiarazioni si konkretizzino auch nei fatti.

**BRUGGER (SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die programmatischen Erklärungen des designierten Landeshauptmannes und die Replik sind eine überlegte, ausgewogene und zielgerichtete Synthese der Politik, die die Südtiroler Volkspartei, in Abstimmung mit den italienischen Partnern, in den vergangenen fünf Jahren betrieben hat und in den kommenden fünf Jahren weiterführen wird. Sie sind der Ausdruck einer selbstbewußten politischen Aktion - und die Replik heute hat es ganz eindringlich gezeigt -, wozu wir aufgrund unseres international abgesicherten Autonomiestatutes, mit unserem Status als Land mit drei Sprachgruppen, unseres Bekenntnisses zu den Werten der Demokratie, der Freiheit, der Menschenrechte, der Minderheitenfreundlichkeit und des ethnischen Selbstbewußtseins vollauf berechtigt sind. Als Südtiroler Volkspartei haben wir mit diesem Koalitionsabkommen in einem Punkt den Sprung über einen Schatten gewagt: Wir haben uns bereit erklärt, den PDS in die Koalition hineinzunehmen. Und es war nicht, wie verschiedentlich behauptet worden ist, nur die sozialistische Partei hinaus und den PDS hinein. Wir wissen da schon zu unterscheiden. Dies war, ich sage es auch hier, nicht leicht. Unsere Weltanschauung kennt sicher keine Kompromisse gegenüber Denkungsweisen, die mit unseren Grundüberzeugungen nicht übereinstimmen können. Aber wir sind als Demokraten so tolerant, daß wir anderen ideologischen Kräften die Chance einräumen, ihre Konvergenz zur vorbehaltlosen Demokratie und Autonomie zu beweisen. Und Herr Viola hat bereits in den letzten fünf Jahren bewiesen, daß er klare Vorstellungen hat in bezug auf Autonomie, in bezug auf Europaregion Tirol und, wie ich sehe, seine Partei auch zum Föderalismus. Aber wir werden sehr genau darüber wachen, daß diese Konvergenz ohne Wenn und Aber zu einem Prozeß der Stärkung und Stützung der unverzichtbaren Rechte menschlicher Freiheit und Solidarität führt.

Ganz kurz zu einzelnen Themen. In bezug auf unser Verhältnis zu Rom bleibt die Verteidigung und die Stärkung unserer Autonomie vordringliches Ziel. Wir können es uns gegenüber einem Staat, der am Rande des politischen Chaos dahinvegetiert, nicht leisten, auch nur einen Augenblick unsere Wachsamkeit zu vermindern. Die Hoffnungen auf die zweite Republik, die am 27. März eingeleitet werden soll, sind mehr als gedämpft. Es gibt wenige Anzeichen dafür, daß Italien einen echten europäischen Weg gehen wird. Ich möchte nicht behaupten, daß der Wille dazu nicht vorhanden ist, aber die Chancen, eine lineare Politik des Föderalismus, des Regionalismus, der Achtung und Stärkung der Autonomie zu betreiben, sind nach wie vor sehr klein. Die Südtiroler Volkspartei wird sich aber mit aller Kraft für diese Ziele einsetzen. Und weil wir unsere Autonomie nach wie vor in Gefahr sehen, sind wir auch sehr vorsichtig, wie wir in dieser Debatte gehört haben, wenn man vom Vorbildcharakter oder Modellcharakter unserer Autonomie spricht. Wir sprechen nicht davon.

Zur Europaregion Tirol - ein eminent qualifizierender Punkt dieses Koalitionsabkommens. Unsere Geschichte berechtigt uns dazu, die Zusammenarbeit mit den Teilen des historischen Tirols im europäischen Geist zu pflegen und zu intensivieren. Wir denken hingegen nicht daran, einen neuen Triveneto hier zu schaffen. Die Brennergrenze darf in einem zusammenwachsenden Europa nicht das letzte

Relikt einer längst überholten Staatsräson bleiben. Wir sind Europäer, und aus dieser Sicht stufen wir die Bedeutung von Staatsgrenzen ganz bewußt herunter. Wir fühlen die Verpflichtung, den Alpenraum gemeinsam mit unseren Nachbarn politisch, kulturell, ökologisch, wirtschaftlich und administrativ zu gestalten. Wer diesen Willen zum europäischen Handeln nicht versteht oder nicht verstehen will, den bestraft die Geschichte. Wir erinnern uns an diese Worte. Die Europaregion Tirol ist kein Schreckensgespenst, sondern eine Hoffnung zur Überwindung historischen Unrechts durch föderalistische Ideale und sachbezogene Politik.

Zu den Ladinern. Die SVP betreibt eine lineare und klare Politik zugunsten der ladinischen Volksgruppe. Sie hat das auch immer so gemacht. Wenn die berechtigten Anliegen der Ladiner in den vergangenen Jahren nicht voll zum Tragen gekommen sind, dann ist dies sicher nicht ein Versäumnis unserer Politik, sondern eine Folge des Unverständnisses des Zentralstaates. Wir sind diesem Unverständnis bisher stets mit Geschlossenheit der Volksgruppen begegnet. Und ich warne davor, diese Geschlossenheit zu brechen, den Zwiespalt zu schüren und damit die Kleinsten, nach dem Prinzip "divide ed impera!", weiter zu schwächen. Rechte setzt man durch geballten Einsatz durch. Diese kostbare Erfahrung liegt an der Basis unseres Erfolges. Für die Ladiner sollten die kommenden fünf Jahre Jahre des Erfolges werden. Dafür werden wir uns als Volkspartei auch mit aller Kraft einsetzen. Ihr Vertretungsanspruch in den gewählten Gremien im öffentlichen Dienst, die Aufwertung ihrer Sprache und Kultur, ihrer geschichtlich gewachsenen Werte und ihrer Identität werden für uns auch weiterhin, und noch verstärkt, ganz bestimmt Verpflichtung bleiben.

Zur Toponomastik auch ein Wort. Die Lösung der Toponomastikfrage wird uns in dieser Legislatur beschäftigen. Dieser Bereich ist zum Prüfstein für die Haltbarkeit unserer Autonomie, für historische Gerechtigkeit, für die Bereitschaft zur Anerkennung von unverzichtbaren Grundwerten geworden. Wir sind Demokraten. Deshalb sage ich, daß es kein Problem gibt, das nicht im Geiste echter Demokratie und echten Verständnisses gelöst werden kann; allerdings nicht im Geiste, von dem gerade Kollege Holzmann vorher sprach. Wenn er sagt, daß er sich mit dem Begriff des Neofaschismus nicht anfreunden kann, so sage ich und behaupte, daß seine Aussagen in puncto Toponomastik ganz klar und altfaschistisch geblieben sind. Wir müssen dieses Thema sofort angehen, sofort heißt noch in den nächsten Monaten und nicht am Ende einer Legislatur. Es ist zwanzig Jahre nichts getan worden, und da sind auch jene schuld, die heute die Toponomastik als nichtgelöstes Problem hier anführen. Und ich erinnere den Kollegen Benedikter an seine ganz präzise Mitverantwortung. Das Prinzip wird das sein, wie es im Koalitionsprogramm 1983-1988 niedergeschrieben ist. Wir werden auch die Verhandlungen des Vorjahres mit in diese Regelung einbeziehen. Und es werden auch Schritte in Rom gemacht werden, so wie vorgesehen. Man kann ja daran denken, eine Durchführungsbestimmung zu bekommen.

Ganz kurz noch zu einem anderen Thema, Schule und sogenannte Immersion. Wir gehen davon aus, daß das Autonomiestatut breiten Rahmen für die Entfaltung aller drei Sprachgruppen bietet. Dies gilt für Sprache und Kultur im besonderen, da in diesem Bereich die individuellen Erfordernisse naturgegeben ausgeprägt sind. Wir gehen davon aus, daß das Recht jeder Sprachgruppe auf eigenständige kulturelle Entwicklung im Zeichen der gegenseitigen Achtung und Tole-

ranz zu verwirklichen ist. Die Autonomie bietet Instrumente genug, um diese Ansprüche zu befriedigen. Wir gehen aber auch davon aus, daß die Sorge unserer deutschen und ladinischen Volksgruppe über jede Art von direkter oder indirekter Beeinflussung ihres natürlichen Bestandes zu respektieren ist und daher jeder Versuch zu unterbleiben hat, der diese Sorge nähren könnte. In diesem Sinne sind und bleiben wir ablehnend gegenüber Experimenten, die sich außerhalb des Autonomiestatutes abspielen und im Grunde nichts anderes sind, als vermeintliche Ersatzlösungen für ungenügende Ausschöpfung gebotener Möglichkeiten. Ich beziehe dies in erster Linie auf die Bereiche der Sprache und der Schule.

Zur Schule. Wir streben selbstverständlich die volle Autonomie in den Bereichen der Schule und Kultur an. Dies ist ein wichtiger und sensibler Bereich. Die Eigenständigkeit im Bildungsbereich ist für eine Volksgruppe von primärer Bedeutung. Es ist der Entwicklung nicht förderlich, wenn die Kompetenzen in diesem Sektor zwischen Land und Staat aufgeteilt bleiben. Auch hier wird es sich erweisen, ob die drei Sprachgruppen die Bereitschaft aufbringen, einen gemeinsamen Weg zu gehen, der eine Stärkung unserer Autonomie bringen soll.

Ich komme zum Abschluß. Das Koalitionsprogramm, das wir vorgelegt haben, zeichnet sich durch eine positive Sicht der Dinge aus. Es spricht von Konsenswillen, von Konsensfähigkeit, von Solidarität und Subsidiarität. Es ist ein Programm für Stabilität und Bürgernähe, ein Programm für das Machbare, ein Programm, das eine klare Gesamtschau der Dinge enthält. Die SVP steht voll und ganz zum Koalitionsprogramm, zur Regierungserklärung des Landeshauptmannes und zu seiner Replik.

**KLOTZ (UFS):** Es ist für uns die Überraschung des Tages, daß die SVP zu diesem Koalitionsprogramm steht! Daß Fraktionssprecher Brugger das gesagt hat, ist wohl die größte Neuigkeit dieser Tage. Das zum einen.

**BRUGGER (SVP):** Wir wissen, daß Du nicht Deinen Tag hast, wegen der Sache von ...

**KLOTZ (UFS):** Ich komme gleich darauf zurück. Herr designierter Landeshauptmann, das ist in der Tat eine peinliche Sache. Und ich habe mich inzwischen erkundigt und kann Ihnen auch sagen, warum das so gekommen ist: Weil wir für diese Ausgabe unserer Zeitung die Adressen der Gemeinderäte Südtirols bei der Landesverwaltung angefordert haben. Die Landesverwaltung hat uns keine Adressen gegeben. Dann sind wir zur Region gegangen und haben von der Region diese Adressen rein in italienischer Sprache bekommen. Und weil die Zeitung hinaus mußte, konnten wir uns diese Arbeit nicht antun, alles umzuschreiben.

Ich bitte also die zukünftigen Landesräte der Region diesbezüglich nach dem Rechten zu sehen und endlich dafür zu sorgen, daß wir Adressen auch in unserer Muttersprache bekommen. Herr Landeshauptmann, es war nicht unsere freie Wahl. Vom Land haben wir sie nicht bekommen. Infolgedessen haben wir sie von der Region angefordert.

**DURNWALDER (SVP):** Wir haben diese auch nicht.



**KLOTZ (UFS):** Das gibt es doch nicht, daß bei der Gemeindeaufsicht nicht die Adressen der aktuellen Gemeinderäte vorliegen. Das gibt es doch nicht. Dann wird das wohl das erste sein, was man nachzuholen hat.

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (UFS):** Ich komme nun auf die große Aussicht. Der Landeshauptmann sagt, die guten Vorschläge der Opposition würden berücksichtigt und angenommen. Alessandra Zendron glaubt es, und ich beglückwünsche Sie dazu. Ich glaube das nicht. Wir haben Erfahrung genug, denn im zweiten Satz hat er sich dann ja bereits widersprochen. Er hat die Rüge erteilt, daß nämlich die Opposition es sich erlaubt habe, auch schon eigene Gesetzentwürfe einzubringen. Ich glaube, daß es da Not tut, einmal daran zu erinnern, wo die Legislative liegt und wo die Exekutive. Vielleicht sollten manche Herren, die jetzt in die Regierung kommen, einmal irgendwo eine Lektion über Gewaltenteilung erhalten. Das haben wir im übrigen auch im Zusammenhang mit unserer vielbezeichneten Untersuchungskommission gesehen, daß die Landesregierungsmitglieder, ganz speziell Erich Achmüller, es mit der Gewaltentrennung nicht ernstnehmen und daß sie sich das Recht herausnehmen, zu bestimmen, wer in die Untersuchungskommission zu gehen hat und was die Untersuchungskommission überhaupt untersuchen darf. Soweit sind wir! Das also ist das vielgerühmte Demokratieverständnis, von dem wir heute so viel gehört haben. Also auf diese Ankündigungen hin kann ich mein Vertrauen nicht geben, denn damit ist fünf Jahre lang gespielt worden, und ganz besonders am Ende der letzten Legislatur. Es würde genügen, allein das zu durchleuchten, was Dr. Durnwalder im Zusammenhang mit der Ortsnamengebung gesagt hat, um zu sagen, wer so viel durcheinanderbringt, verdient unser Vertrauen nicht einmal in diesem Punkt, geschweige denn in anderen. Wenn er nämlich dauernd von der deutschen und der italienischen Ortsnamengebung spricht, dann muß man ganz einfach sagen: Es handelt sich weder um eine deutsche, noch um eine italienische Ortsnamengebung. Es handelt sich um die gewachsene, die historisch gewordene und es handelt sich um die erfundene Ortsnamengebung. "Vioms", "Völs", "Kastelruth", das sind nicht deutsche Ortsnamen. Also bitte hören wir damit auf und sagen wir *"nur noch die historisch gewachsenen, also die wirklich gewordenen, natürlich gewordenen Ortsnamen"*, ansonsten spielen wir wieder denen in die Hand, die hergehen und sagen *"Wir als Italiener haben das Recht"*, Kollege Holzmann. Natürlich habt Ihr das Recht, jeden Ort, jedes Kaff in Eurer Sprache zu benennen, wenn Ihr wollt. Ihr könnt weiterhin "Alle Cave" sagen, Ihr könnt weiterhin "Alle Betulle" sagen. Niemand nimmt Euch dieses Recht. Uns geht es einzig und allein um die amtliche Gültigkeit, denn auch wir lassen uns das Recht nicht nehmen, "Mailand" zu sagen, anstatt "Milano", aber auf den Karten und auf den Dokumenten wird deshalb nicht "Mailand" angeführt sein, nur, weil wir das so gewohnt sind, sondern ausschließlich "Milano", "Firenze", "Napoli" usw. Mündlich könnt Ihr, wie gesagt, auch neue Namen für alte Höfe gebrauchen, wenn es Euch lieb ist, nur geht es hier einzig und allein um die amtliche Gültigkeit.

Was die Europaregion anbelangt. Wenn man uns, Dr. Durnwalder, damit einlullen will: *"Zusammenarbeiten, endlich zusammenführen was zusammengehört, verschiedene Formen der Zusammenarbeit"*, dann muß ich schon sagen, das

ist eine Augenauswischerei, denn bis zum Schluß bleibt hier italienische Verwaltung, italienisches Gericht, italienisches Polizeiwesen, italienische Steuergesetzgebung, überhaupt die italienische Mentalität. Es ändert sich nichts, auch wenn Ihr zusammenarbeitet, was Transitfragen anbelangt, was vielleicht Austausch von Schulbüchern anbelangt. Aber spätestens beim Austausch von Filmen wird es dann wieder stocken, weil die Genehmigung in Rom geholt werden muß. Und beim Austausch von vielen, vielen anderen Dingen genauso, wo es in Italien andere Bestimmungen gibt, die bis auf weiteres auch bleiben werden, trotz EU und trotz Europäischem Wirtschaftsraum.

Runder Tisch Europa. Da muß ich schon lachen. Wie will man mit dem alten Parteiengewühl neue Ideen bringen? Welche neuen Ideen? Wenn Ihr nicht den Mut habt, zu sagen *"Wir wollen, daß Tirol wieder eine politische Einheit wird"*, dann könnt Ihr im Runden Tisch über die Blümlein und Gräslein und über die Büchlein und Gedichtlein reden, dann wird das aber keine große Wirkung haben.

Und nun komme ich ganz kurz zum Umweltschutzbereich. Ich muß ehrlich sagen, Frau Kollegin Zendron, daß die Grünen sich damit abfinden können und daß die Grünen sich zufriedengeben, gerade mit dem, was im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik gesagt worden ist, kann ich nicht verstehen. Was ist mit der Zurückstufung der Pustertaler Straße beispielsweise? Was heißt schon *"die bestehenden Straßen werden ausgebaut"*? Niemand wird daran gehindert, sie dann entsprechend breit auszubauen, die Vinschgauer Straße, die Pustertaler Straße. Das sind alles keine Hinweise darauf, daß Eure Zielsetzungen oder die Ihr hier immer darstellt, auch wirklich enthalten sind. Kein Mensch spricht mehr von einer Zurückstufung. Ich habe das in dieser ganzen Diskussion nicht gehört.

Sportstättenleitplan. Wenn man hergeht, das Geld dafür ausgibt, um Pläne zu erstellen, nach dem Willen der Gemeinden und dem Willen verschiedener Verbände, dann wird natürlich das herauskommen, was der Größenwahn diktiert und nicht was Notwendigkeit ist. Aber ich bin der Meinung, daß man auch bei der Planung aufpassen soll. Vielleicht ist es besser, anstatt für jeden Bereich einen Plan zu erstellen, der Millionen kostet, einmal einen Planungsplan zu erstellen, und nichts anderes mehr. Was braucht man schon so viele Pläne?

Die Herausforderung, das Problem der kommenden fünf Jahre, wird die Arbeitslosigkeit sein. Und in diesem Zusammenhang, weil gerade immer von der Firma ZUEGG die Rede ist, die Frage - auch das ist nicht angeklungen -: Wer hat dieser Firma drei Milliarden Lire gegeben, um sich außerhalb des Landes neue Gebäude zu errichten, um dort Arbeitsplätze zu errichten? Und als Dank dafür werden jetzt die Arbeitsplätze in Südtirol abgebaut. Ich glaube, diesen Spezis müßt Ihr selbst auch einmal auf die Finger schauen. Diese Spezis müßt Ihr einmal in die Schranken weisen, denn wer draufzahlt, sind die Familien und alle jene, die arbeitslos werden. Ich habe zum Abschluß schon letztes Mal gesagt: Der, der am Lebensminimum hängt, der geht nicht in die Sportstätten. Und heute will ich sagen: Ein Arbeitsloser kann nicht damit getröstet werden, daß er dafür drei Tennisplätze und fünf Fußballplätze mehr zur Verfügung hat.

**PRÄSIDENTIN:** Abgeordneter Benedikter, Sie können sich nicht mehr zu Wort melden. Soweit ich das mitverfolgt habe, hat Abgeordneter Brugger Sie nicht angegriffen, weil er Sie daran erinnert hat, daß Sie in Sachen Toponomastik auch

Verantwortung tragen. Nach meiner Ansicht stellt das keinen persönlichen Angriff dar.

**BENEDIKTER (UFS):** Er schiebt mir die Schuld zu!

**PRÄSIDENTIN:** Meines Erachtens hat er Ihnen keine persönliche Schuld zugeschoben.

**BENEDIKTER (UFS):** *(unterbricht)*

**PRÄSIDENTIN:** Wenn Sie mit meiner Entscheidung nicht einverstanden sind, dann muß laut Geschäftsordnung der Landtag mit offener Abstimmung darüber abstimmen, ob Sie das Recht haben, sich zu Wort zu melden oder nicht. Ich bin nicht dieser Meinung. Verlangen Sie eine offene Abstimmung?

**BENEDIKTER (UFS):** Ja.

**PRÄSIDENTIN:** Dann frage ich die Abgeordneten, ob der vom Kollegen Benedikter angeführte Grund, in persönlicher Angelegenheit das Wort zu ergreifen, gegeben ist oder nicht ...

**BENEDIKTER (UFS):** Frau Präsidentin! Sie haben mich ja nicht einmal sagen lassen, worin meine persönliche Angelegenheit besteht. Sie haben das bereits vorweggenommen.

**KLOTZ (UFS):** Dieses Recht muß er haben, zu erklären, worin die persönliche Angelegenheit besteht.

**PRÄSIDENTIN:** Also bitte, sagen Sie, worin die persönliche Angelegenheit besteht.

**BENEDIKTER (UFS):** Die persönliche Angelegenheit besteht darin, daß ...

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen - interrompono)*

**BENEDIKTER (UFS):** Ja, bitte, dann beschließt, daß der Benedikter im Landtag nicht mehr reden darf!

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen - interrompono)*

**PRÄSIDENTIN:** Abgeordneter Benedikter, der Abgeordnete Siegfried Brugger hat in einem Satz in seiner Stimmabgabeerklärung auf Sie Bezug genommen, und ich bin davon ausgegangen, daß Sie sich durch diesen Satz angegriffen gefühlt haben, was aber meiner Meinung nach nicht gegeben ist. Deswegen stimmen wir jetzt darüber ab, ob der Abgeordnete Benedikter die Möglichkeit bekommen soll, in persönlicher Angelegenheit das Wort zu ergreifen: mit 3 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wünscht noch jemand das Wort zur Stimmabgabeerklärung? Bitte, Abgeordneter Willeit.

**WILLEIT (Ladins):** Ich werde mich kurz halten. Wir haben heute eine Art zweite Regierungserklärung gehört, mit einigen nützlichen Erläuterungen, auch einigen "Höflichkeiten" und Fragenumstellungen. Als eine davon betrachte ich die Bemerkung zur Europaregion Tirol, also die Antwort dazu, die mir zugekommen ist. Ich hatte nicht behauptet, daß die Europaregion Tirol zu einer weiteren Spaltung der Ladiner führt, sondern ich hatte gesagt, daß sie keine Spaltung mit sich bringen soll, weder diese institutionelle Änderung noch andere.

Aus der Replik des designierten Landeshauptmannes habe ich einige positive Elemente herausgehört, wenigstens versucht herauszuhören, und zwar, daß das Paket nicht unbedingt eine endgültige Sache sei, daß man eine Statutenänderung wohl vor Augen halten kann - und das ist für die Ladiner sehr, sehr wichtig -, auch daß ladinische Namen im Vinschgau, also im deutschsprachigen Raum und nicht nur im Vinschgau, im ganzen Land, ihre Wurzeln haben. Was das dann bei der Toponomastikregelung bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Nichts habe ich vom Ausbau der Straßen ins Gadertal und Grödental gehört, und die standen nur unter Ladinierpolitik und nicht unter dem Straßenbauprogramm.

Was die Schulimmersion anbelangt, muß ich ganz einfach darauf zurückkommen, daß man im deutschen Lager das Deutsche in den italienischen Schulen nicht als Unterrichtssprache zuläßt, auf keinen Fall, hingegen in der dreisprachigen ladinischen Schule nichts dagegen hätte, noch einige Sprachen hinzuzufügen. Also die ladinische Schule ist eine äußerst, äußerst heikle Situation.

Zur Ladinierpolitik haben wir heute gehört - und das ist nicht von heute, das ist bereits von früher -: Wir sagen dasselbe. Und es ist dasselbe seit zwanzig Jahren und darüber gesagt worden. Aber warum stehen wir heute immer noch vor denselben Problemen? Warum sind die Ladiner zur Landesregierung nicht zugelassen? Mit Vorbehalt auch diese Frage. Warum? Warum sind die Vertretungen nicht möglich, auch heute noch nicht? Warum bestehen so große Probleme, kulturelle Probleme, auch heute? Warum ist unter den siebzehn Regionalvertretern im Parlament nicht ein Vertreter der ladinischen Minderheit? Die bösen Römer!, heißt es. Haben wir auch heute wieder gehört. Die bösen Römer. Mag stimmen. Oder die schwachen Bozner? Mag auch stimmen. Was ich nicht akzeptiere, ist, daß die Ladiner sich zu wenig für die Einheit einsetzen - Einheit, gemeint sicherlich für die parteiliche Einheit oder für die völkische Einheit. Nein. Die Ladiner haben sich vielleicht zu wenig für die eigene Einheit eingesetzt. Und was sicherlich der Grund ist, der einzige wirkliche Grund, daß die Ladiner heute vor denselben Problemen stehen wie vor zwanzig Jahren, ist, daß sie nicht die eigene direkte Vertretung überall gehabt haben. Nun setzen die Ladiner zum ersten Mal Weichen in diese Richtung, entsenden mit einer eigenen politischen Organisation einen Landtagsabgeordneten nach Bozen. Und es darf nicht hinwegtäuschen, die Regierungsparteien prüfen nicht so sehr die Möglichkeit der Vertretung der Ladiner in den Landesorganismen, nicht so sehr das Regierungsprogramm zusammen mit dem ladinischen Abgeordneten, sondern die Möglichkeit, diesen Abgeordneten durch direkte Beziehungen zu den Bürgermeistern zu umgehen. Dem Landeshauptmann steht es selbstver-

ständiglich mehr als frei und auch zu - und es ist auch seine Pflicht - mit allen Bürgern, und um so mehr mit den Bürgermeister, zu reden, alle zu informieren, er vertritt das ganze Land, aber der ladinische Vertreter hat auch die Interessen der Ladinier im Land zu vertreten, und zwar alle Interessen, und zwar vor den Bürgermeistern auf Landesebene, weshalb er, um diese Vertretung wahrzunehmen, auch und als erster die Informationen braucht und als erster das Recht auf Intervention hat.

Im Programm, ich schließe ab, gibt es sicherlich Anzeichen von gutem Willen, auch was die Ladinierpolitik betrifft. Ich will auch dem designierten Landeshauptmann und den zukünftigen Landesräten meine Wertschätzung ausdrücken - ich kenne sie ja zum großen Teil, beinahe alle. Nicht schlecht. Aber solange die Ladinier nicht ihre eigene Vertretung in der Landesregierung haben, kann ihr Vertreter im Landtag sicherlich nicht dieser Landesregierung die eigene offene Zustimmung geben.

**VIOLA (PDS):** Grazie, signora Presidente. Prendo la parola solo per puntualizzare ulteriormente e riassumere alcune cose. Naturalmente, io voterò a favore di questo programma di Giunta. Voto a favore perché sono un autonomista convinto - come già più volte ho affermato - e questo significa che considero l'autonomia in primo luogo un valore morale prima ancora che politico; sono un autonomista senza "se", senza "ma", e senza "forse". Io entro in Giunta come un italiano che non si vanta solamente di essere italiano, ma come un italiano che vive in una terra autonoma, dove il gruppo linguistico tedesco ed il gruppo linguistico ladino sono tutelati come lo è il gruppo linguistico italiano, proprio perché è tutelato il gruppo linguistico tedesco a pari dignità ed a piena dignità. Sono autonomista e quindi favorevole - naturalmente nell'ambito delle leggi dello Stato della nostra Costituzione - ad una estensione delle competenze autonomistiche, perché questo vuole dire estensione dell'autogoverno delle popolazioni locali e non dei tedeschi, ma dell'autogoverno di tutte le popolazioni. Credo che anche la Commissione 137 debba iniziare a lavorare in questo senso, in questa direzione. Entro in questa Giunta come un federalista. Qualcuno ha riso di questa parola. Nel 1991 ho autonomamente presentato - casualmente nello stesso giorno del consigliere Frasnelli - un disegno di legge voto del mio gruppo del quale io ero il primo firmatario; il PDS chiedeva la trasformazione dell'Italia in Stato federale. Questa idea non mi è maturata la notte prima ma ce l'ho da alcuni anni. Riconosco - amo e cerco di essere corretto - che il federalismo nella tradizione della sinistra marxista italiana per un certo periodo di tempo non c'era. Oggi invece questo è il programma ufficiale del nostro Partito; sono iscritto al PDS da 30 anni, e, credetemi sulla parola, credo di essere arrivato a questo punto prima ancora del mio Partito. Per federalismo intendo qualche cosa, per avere una idea, tipo "Bundesrepublik" - come avviene con il Finanzausgleich, come avviene nella Repubblica Federale Tedesca - e cioè non un federalismo egoistico ma come "Bürgernähe", come modo di accrescere l'autogoverno in un quadro di solidarismo e di cooperazione con le regioni più deboli, chiedendo tuttavia una Camera delle regioni in cui vi siano tutte le regioni e non ci sia invece Cirino Pomicino alla Cassa del Mezzogiorno a decidere come ripartire le risorse; questo, tanto per essere chiari. Entro in Giunta con il mio patrimonio ideale e politico - per modesto che sia - che non è cambiato di un millimetro. Apprezzo il discorso fatto dal collega Brugger il

quale ha giustamente affermato che è stata una scelta e non una scelta rivoluzionaria. Io non dimentico neppure un istante di essere una persona sola, rispetto ad un Partito democraticamente composto da diciannove persone, dove ci sono anche altri colleghi di coalizione che sono in due. So che questa è stata una precisa scelta della Volkspartei che io apprezzo; c'erano anche altre alternative e quindi altre persone, secondo me prontissime a prendere questa grave responsabilità. Negli anni '60 la parola "socialdemocratico" - intendo rispondere civilmente al collega Magnabosco che ha espresso delle affermazione in modo civile - stupidamente, per il nostro Partito, era una parola offensiva; essere socialdemocratici per il mio Partito era una offesa. Perché non dirlo? Siamo solo noi l'unico Partito che si sbaglia e che ha qualche cosa da rimproverarsi? Neanche il collega Magnabosco ha una tradizione di cui non ha nulla da rimproverarsi? Non ha nulla da rimproverarsi neanche rispetto alla sua corrente di appartenenza alla Democrazia Cristiana, al suo leader? Tutti hanno "qualche cosa negli armadi". L'importante è essere molto chiari. Il mio Partito è Vicepresidente dell'Internazionale socialista con i socialdemocratici austriaci, tedeschi, con cui abbiamo ottimi rapporti. A questo proposito mi fa piacere ringraziare in quest'aula il Partito socialdemocratico austriaco che ha detto che vedeva come un fatto positivo l'ingresso del PDS in questa Giunta. Questo non è un elemento determinante, però, perché non dire che questo mi fa piacere? Vedo che questo fa piacere anche all'SVP. Che cosa vuole dire entrare in Giunta con un patrimonio ideale, senza dogmatismi, senza la pretesa di dover essere io a convertire le altre 21 persone che compongono la Giunta alla mie idee? Vuole dire che dopo il crollo dell'ideologia marxista-leninista, sono rimasti in piedi e dell'idea di sinistra i valori fondamentali, i valore etici, e come tali intendo, riassumendoli in una parola sola, i valori della giustizia sociale. Oggi vediamo che essi si possono armonizzare benissimo con altre tradizioni che preferiscono parlare di solidarietà, di solidarismo cristiano. Perché no? La Chiesa è una bellissima parola. Per noi la giustizia sociale è un valore primario e fondante che tuttavia deve confrontarsi con altri valori - ed ho già citato il sodalismo cristiano - liberaldemocratici, e cioè con i valori dei padri della socialdemocrazia e non quelli dei liberaldemocratici che fino alla mezzanotte dello scorso anno pascolavano i loro greggi nel bilancio dello Stato e che oggi si sono trasformati; non un Berlusconi che ha preso un sacco di miliardi ed un sacco di favori e che adesso si scopre socialdemocratico. Valore socialdemocratico significa anche efficienza, produttività, progettualità e vuole significare anche diritti dell'individuo ad un proprio miglioramento, che non devono mai andare a spese dei valori della giustizia sociale e della solidarietà. E' una nuova sfida, una nuova ideologia.

Sono state dette anche delle cose sulla scuola ad immersione. Qui non ho il tempo di dilungarmi ma vorrei sottolineare una cosa: nel programma, le mie opinioni su questo punto sono diverse. Questa è una coalizione fra "diversi" che convergono in uno scopo comune. Vorrei dire tuttavia che nel programma c'è l'idea che la competenza primaria sulla scuola, che è un arricchimento di tutta la comunità locale - naturalmente con il coinvolgimento di tutto il personale della scuola, del mondo della scuola, e della società - che in futuro consentirà di differenziare in maniera molto più adatta - quando noi avremo la competenza primaria - i percorsi formativi-linguistici dei gruppi linguistici, perché sono diversi fra di loro.

Concludo dicendo una cosa che io debbo ai ladini. Per quanto riguarda l'esigenza della loro valorizzazione, ritengo che la cultura ladina sia una ricchezza della nostra provincia che deve essere fatta conoscere molto meglio, e parlo per il mio gruppo linguistico nelle nostre scuole. Questo sarà un mio impegno, perché non sono ancora abbastanza ben conosciuti. Devo anche dire che sono molto consapevole - entrando a fare parte di questa Giunta, se questo alto consesso mi darà affettuosamente il suo voto - delle difficoltà del mio compito in assoluto, ed in particolare delle competenze che andrò a prendere; le considero una sfida personale sul cui successo nessuno può scommettere, neppure io, e solo alla fine si vedrà se io sono stato all'altezza di questo compito. E' comunque una scelta di cui mi assumo tutta la responsabilità. Non posso promettere di riuscire, di essere il migliore, di fare dei miracoli. Posso però come uomo, come pidiessino, come membro di questa Giunta - sicuramente in contrasto con gli altri - promettere una cosa - Sergio Romano, grande storico ed Ambasciatore diceva che il male peggiore che ha rovinato l'Italia nell'ultima generazione, non è stata tangentopoli, che è la cancrena di una gamba già ammalata, ma è stata la lottizzazione che è stata fatta in tutte le regioni ed anche in Emilia Romagna, e questo significa che la tessera di Partito è più importante della competenza specifica - che è questa: siccome ci sono state lottizzazioni - naturalmente la lottizzazione non è illegale ma legale - anche nei miei futuri assessorati, io cercherò di fare il massimo in quanto assessore competente, affinché le promozioni, le assunzioni e le valorizzazioni avvengano esclusivamente sulla base della competenza professionale e della moralità, e che l'appartenenza ad un Partito, che non può essere una colpa, - io da 31 anni appartengo ad un Partito deve avere importanza nulla; deve avere la stessa importanza del tifo per il Milan, per l'Inter oppure per il Torino. Questo è il mio obiettivo. Prometto anche di consultarmi per tutte le cose che rientrano nelle mie competenze - tutte le volte che mi sarà possibile - con la società civile, con i sindacati - certamente -, con gli imprenditori - ovviamente -, con tutti i cittadini che potranno darmi un contributo. Prometto anche che cercherò di ascoltare con grande attenzione le proposte dell'opposizione, quando queste non siano volgari attacchi alla mia persona, perché io, a questo livello, "non scendo" o "non salgo"; non intendo peggiorarmi. A questo proposito vorrei riconoscere all'Ing. Mitolo gli accenti che sono nuovi e con uno stile ed una civiltà che va riconosciuta. Lo stile è l'uomo e, chi non è abbastanza uomo, non ha lo stile. Il collega Mitolo ce l'ha, e gli va riconosciuto. Per questa ragione, un sì convinto a questo accordo.

**WALDNER (Die Freiheitlichen):** Wir können dieser Landesregierung in ihrer Zusammensetzung nicht zustimmen. Ich habe das schon gestern gesagt. Sie haben von Fachlichkeit gesprochen. Wir bezweifeln - aber, bitte, wir lassen uns gerne des Besseren belehren - die Fachlichkeit. Wir halten nichts von sozialistischer Wohlfahrtstheorie, Kollege Viola. Und somit können wir ...

**PRÄSIDENTIN:** Abgeordneter Waldner, entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche. Es geht jetzt um die Wahl des Landeshauptmannes. Zur Landesregierung können Sie später Stellung nehmen.

**WALDNER (Die Freiheitlichen):** Es ist für mich eine Zusammensetzung. Wenn es nur um diese Person geht, dann ist es schon klar.

Aber trotzdem möchte ich das sagen, denn ich erwarte mir von einem Industriepolitiker und Wirtschaftspolitiker die fachliche Voraussetzung, wie es aussieht. Mich wundert, daß diese Zusammensetzung trotzdem von Grün-Alternativen, Links-Alternativen und sogenannten Neuen Kommunisten mitgestaltet wird, wie ich wiederholen möchte, nicht im Sinne des Wählerauftrages. Wir können eine solche Landesregierung - diese ist für mich immer eine Zusammensetzung aller - nicht unterstützen. Wir halten von dieser Mastdarmakrobatie und Verlassung der Wählerschaft nichts. Wir kennen die Rolle der Opposition und werden dieser gerecht werden. Unser Koalitionspartner ist das Volk, der Bürger. Wir wünschen klarerweise dann viel Erfolg, aber sind bei der Abstimmung in diesem Sinne nicht dabei. Danke!

**KURY (Sekretärin - GAF-GVA):** Weil ich von der Kollegin Klotz vorhin direkt angesprochen worden bin, möchte ich hier noch zwei Worte zu unserer Position sagen, vor allem, was den Umweltschutz angeht. Es tut mir leid, daß Kollegin Klotz vor zwei Tagen am Nachmittag nicht anwesend war, als ich meinen Beitrag geleistet habe. Dann hätte sie nämlich verstanden, daß wir einerseits sehr zufrieden sind mit den in diesem Koalitionsprogramm und in dieser Regierungserklärung enthaltenen Prinzipien. Es sind unserer Meinung nach Prinzipien bezüglich Umweltschutz vorhanden, die die Grünen schon sehr lange gefordert haben. Und ich glaube, zum ersten Mal haben sie auch Ausdruck in einer schriftlichen Erklärung gefunden. Es ist die Rede vom Vorsorgeprinzip. Es ist die Rede vom Verursacherprinzip. Und wie könnten wir diese Prinzipien nicht unterstützen! Wir würden unserer Haltung wirklich nicht mehr gerecht werden.

Allerdings, wenn Sie anwesend gewesen wären, Kollegin Klotz, hätten Sie gehört, daß wir dann auch Zweifel bzw. Skepsis angemeldet haben, ob denn diese Prinzipien wirklich in die Wirklichkeit überführt werden können. Und wir haben unsere Aufforderung an die zukünftige Landesregierung ausgesprochen, daß sie dann in dem Augenblick, wo es gilt, diese Prinzipien umzusetzen, nicht diese Prinzipien schändlich verrät. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß sicherlich große Konflikte bevorstehen werden, mit kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen, wenn man diese von uns geforderten Prinzipien im Umweltschutz anwenden wird.

Natürlich habe auch ich meine Probleme mit der Auffassung des Umweltschutzes, wie sie auch heute wieder vom designierten Landeshauptmannzutage getreten ist. Ich habe, wenn ich richtig verstanden habe, gehört, nur wenn langfristige Schäden zu erwarten sind, wird man den Umweltschutz vor ökonomischen Prinzipien gelten lassen. Und ich frage mich: Kann man in einer heutigen Zeit noch so argumentieren? Braucht es in einer Zeit des Ozonloches, des Treibhauseffektes bzw. in einer Zeit des Waldsterbens noch mehr Beweise, daß unser wirtschaftliches System nicht zukunftsfähig ist? Mir genügen die Beweise, die wir momentan vorliegen haben.

Natürlich habe auch ich meine Probleme, wenn man uns gleich den Brennerbasistunnel um die Nase haut, in dem Augenblick, wenn von der Notwendigkeit der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene die Rede ist. Ich glaube, man könnte da wirklich vor der Haustür kehren und fragen, ob man nicht



bezüglich Zug vor der Haustür, also Meran-Bozen, Bozen-Mals, ganz schnell und mit weniger Investitionen etwas erreichen könnte. Natürlich habe auch ich diesbezüglich meine Probleme.

Ich habe auch meine Probleme, wenn vom Ausbau der Vinschgauer Straße die Rede ist, von der Pustertaler Straße die Rede ist, aber ich möchte dazu noch etwas anderes sagen, und das vor allem an die Adresse der Frau Klotz: In meiner Auffassung ist Naturschutz unzertrennbar verbunden mit Menschenschutz. Es geht nicht an, daß wir jetzt Vögel schützen, Blumen schützen und nicht genauso im gleichen Augenblick versuchen, für alle Menschen in diesem Land eine Heimat zu schaffen. Naturschutz ist mit Menschenschutz unzertrennbar verbunden. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen. Insofern ist es eines unserer größten Anliegen, die Natur, aber auch die Menschen hier in diesem Land, friedlich miteinander zu verbinden. Und da, glauben wir, in diesem Koalitionsprogramm einfach neue Töne gehört zu haben. Zum ersten Mal war von einer neuen Kultur des Zusammenlebens die Rede. Und da können wir nicht unsere Unterstützung verweigern. Wir werden für alles, was in diese Richtung geht, den Naturschutz, den Menschenschutz, alles tun, was nur einmal menschenmöglich ist, um das auch Wirklichkeit werden zu lassen.

**MITOLO (MSI-DN):** Grazie, signora Presidente. Innanzitutto vorrei dire che non ho intenzione di aggiungere nulla a quanto il collega capogruppo, Giorgio Holzmann, ha espresso poc'anzi. La nostra posizione politica è chiara, e lo era fin dall'inizio, direi fin dal colloquio che abbiamo avuto con il Presidente della Giunta Durnwalder. Quanto a certe valutazioni espresse la Presidente durante la replica, mi permetto di osservare che forse è andato oltre le sue intenzione. Lei, signor Presidente, ha molta fantasia, e gliene dò atto, ma quando definisce i miei atteggiamenti e le mie valutazioni come qualche cosa che io tengo nascosta nel mio cuore e che stento ad esprime perché non ho il coraggio di assumere certe posizioni, mi permetto di dire che è in errore. Anche a fronte dell'esperienza che abbiamo non può negare o dimenticare che in molte occasioni io ho votato a favore di leggi proposte in questo consesso. Questo dimostra e significa che ho sempre valutato - come in precedenza ha fatto mio fratello - il problema autonomistico con molto senso di responsabilità e con molta obiettività e serenità. Non abbiamo mai negato quelli che potevano essere i vantaggi che venivano anche alla popolazione di lingua italiana, dal modo di amministrare, e dalla attuazione del principio dell'autonomia. Il nostro confronto è sul piano storico, giuridico, e su quello più generale politico. Noto che Lei - neanche nella replica - non ha fatto grandi passi avanti laddove ad esempio si è occupato di toponomastica, dimenticando un fatto molto importante che è la questione del rispetto del bilinguismo. Su questo tema voi eludete il confronto e soprattutto eludete quelli che sono i termini precisi, determinati, dall'accordo Degasperi-Gruber - e mi consenta una parentesi per dire al collega Willeit che non è presente, che io rispetto e apprezzo molto, che l'accordo Degasperi-Gruber non prevede la tutela dei ladini in quanto prevede solamente la tutela del gruppo linguistico tedesco - eludendo così un dato fondamentale che può essere risolto - e noi auspichiamo che possa essere risolto nel senso che auspichiamo noi - soltanto modificando lo Statuto, e cioè con una legge costituzionale. Chiudo su questo argomento, perché ci potremmo perdere un sacco di tempo. Mi si consenta di dare atto al

collega Viola che intanto ringrazio per le buone parole che ha avuto nei miei confronti, che umanamente mi toccano e che io considero senza dubbio un atto di estrema cortesia, un atto che anche in lui dimostra che c'è uno stile che va apprezzato e rispettato. Altrettanto non posso dire di certe frasi scritte sulla sua relazione in cui si usa - mi consenta - un linguaggio su di un tema, quello del Monumento alla Vittoria, che è delicato e difficile. Si insiste nel dire il "cosiddetto Monumento alla Vittoria", ma dobbiamo perdere l'abitudine di trattarci in maniera, non voglio dire volgare, ma certamente poco rispettosa di noi stessi. Dobbiamo affrontare certi temi e certi problemi con la sensibilità e la civiltà che, dopo settanta anni che viviamo assieme, deve essere messa in atto.

Presidente, mi limito a questa valutazione per dirle che non si può nemmeno scrivere: "Da certe manifestazioni, chissà quale vantaggio ne avranno i caduti", come se "certe manifestazioni" fossero indette e realizzate per cercare di dare vantaggio ai caduti. Per quanto concerne il vantaggio spirituale, mi consenta di ricordare Ugo Foscolo: "A egregie cose il forte animo accendono, l'urne dei forti ecc." che debbono rappresentare per tutti noi un punto di riferimento. Non vogliamo speculare su niente, né vogliamo nel modo più assoluto offendere nessuno; lo abbiamo detto tante volte. Spero che nello spirito che ha animato questo dibattito che per molti versi io considero positivo, ci si possa "guardare negli occhi" e, se avete compiuto lo sforzo di considerare e di dare la vostra "benedizione" all'inserimento del Partito della Sinistra Democratica nella Giunta, possiate trovare anche la forza di affrontare con realismo certi problemi che restano irrisolti proprio nei nostri rapporti che si sono creati a seguito di avvenimenti storici di cui ho fatto cenno anche nell'intervento principale. Ribadisco - come il mio collega Holzmann - che il programma di Giunta e le sue dichiarazioni non ci sono piaciute nella stragrande maggioranza perché ricalcano una posizione di principio che noi riteniamo ancora troppo vincolata soltanto alla difesa del gruppo di lingua tedesca e non ad una ampia valutazione di quelle che sono le esigenze della convivenza in questa provincia. Posso dare atto di certe chiarificazioni circa la realizzazione dell'Euroregio, che in sostanza resto un qualche cosa ancora di molto vago. Ma noi siamo purtroppo abituati dall'esperienza a certi fatti che poi determinano certe realizzazioni istituzionali con piena corrispondenza giuridica, è soprattutto questo che ci rende dubbiosi e che ci mette in difficoltà. Non mi dilungo perché certe cose le ho già dette in precedenza. Noi daremo il nostro contributo come sempre, con lealtà ed onestà; queste cose non le potete mettere in discussione perché sono quaranta anni che noi combattiamo lealmente e seriamente con tutti. Noi aspettiamo la Giunta alla prova. In questo momento non siamo in grado di darvi il voto di fiducia.

**PRÄSIDENTIN:** Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.  
Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 13.05 UHR



## **SITZUNG 6. SEDUTA**

**10.2.1994**

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

**BENEDIKTER** 28, 31, 43, 44  
**BRUGGER** 38, 40  
**DURNWALDER** 3, 4, 16, 25, 41  
**HOLZMANN** 35, 36  
**KLOTZ** 35, 40, 41, 43  
**KURY** 48  
**LEITNER** 29, 30  
**MAGNABOSCO** 33  
**MITOLO** 4, 16, 35, 49  
**VIOLA** 45  
**WALDNER** 48  
**WILLEIT** 44  
**ZENDRON** 34, 35